



19.078

Legislaturplanung 2019–2023

Programme de la législature 2019–2023

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Die Legislaturplanungskommission des Ständerates hat an einer ersten Sitzung am 24./25. Februar dieses Jahres die Leitlinien, Ziele und Massnahmen beraten, welche der Bundesrat in der Legislaturplanung 2019–2023 vorgesehen hat. Die Sitzung fand in Anwesenheit der Bundespräsidentin, Frau Sommaruga, und des Bundeskanzlers, Herrn Thurnherr, statt. Die Legislaturplanungskommission hat ebenfalls die Konferenz der Kantonsregierungen angehört. An dieser ersten zweitägigen Sitzung befasste sich die Legislaturplanungskommission insbesondere mit den Fragen der Digitalisierung und des Klimawandels.

Die Kommission hatte die Beratung der Legislaturplanung am 25. Februar 2020 ursprünglich bereits abgeschlossen. Angesichts der zwischenzeitlichen Entwicklung der Corona-Krise sowie deren Auswirkungen auf sämtliche Bereiche der Geschäftstätigkeit hat sich die Legislaturplanungskommission wieder getroffen und sich, in Anwesenheit der Bundespräsidentin, mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Planung der Legislatur 2019–2023 befasst.

Die Legislaturplanung enthält die politischen Leitlinien und Ziele für die Legislaturperiode. In seinem Entwurf der Planung führt der Bundesrat zudem die konkreten Massnahmen auf, welche zur Erreichung der gesetzten Ziele erforderlich sind. Er ordnet diesen Zielen die geplanten Erlasse der Bundesversammlung sowie weitere Massnahmen zu, welche zur Zielerreichung erforderlich sind. Bei diesem Erlass handelt es sich um einen Bundesbeschluss. Für die 51. Legislaturperiode hat der Bundesrat folgende Leitlinien definiert: Erstens soll die Schweiz ihren Wohlstand nachhaltig sichern und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Zweitens soll die Schweiz den nationalen Zusammenhalt fördern und einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit leisten. Drittens soll die Schweiz für Sicherheit sorgen, sich für den Klimaschutz engagieren und als verlässlicher Partner in der Welt agieren.

Diesen Leitlinien hat der Bundesrat insgesamt 18 Ziele zugeordnet und Letztere mit quantifizierbaren Zielen verknüpft. Zu jedem Ziel in der Botschaft sind die geplanten Erlasse und andere Massnahmen aufgeführt. In Anhang 4 der Botschaft gibt es synoptisch dargestellte Indikatoren, die ein Monitoring der Zielerreichung erlauben. Der Bundesrat hat insgesamt 53 Massnahmen vorgesehen, mit denen man die Ziele erreichen möchte. Viele sind schon im Gesetzgebungsprogramm.

Neben der Legislaturplanung hat der Bundesrat noch verschiedene andere Planungsinstrumente, u. a. den Legislaturfinanzplan, der die finanzielle Entwicklung aufzeigt und auf die aus finanzpolitischer Sicht bedeuten- den Vorhaben verweist. Vor der Pandemie ging der Legislaturfinanzplan für die drei kommenden Jahre von strukturellen Überschüssen aus. Wir wissen, dass es jetzt anders sein könnte.

Weiter hat der Bundesrat einen Plan im Personalbereich, eine mittelfristige Personalplanung; diese stützt sich auf die Legislaturplanung und enthält Wachstums- und Kürzungsbereiche. Diese mittelfristige Personalplanung zeigt die voraussichtliche Entwicklung im Personalbereich und ist mit der Legislaturplanung verknüpft.

Im Geschäftsbericht des Bundesrates findet man jährlich eine Bilanz der Zielerreichung, obwohl – das ist wichtig zu wissen – nur zwei Drittel aller Botschaften, die im Parlament landen, ursprünglich in der Botschaft zur Legislaturplanung vorgesehen sind. Dementsprechend ist die Bilanz etwas zu relativieren.

Die Legislaturplanungskommission des Ständerates unterstützt die Leitlinien sowie die strategische Zielsetzung der Legislaturplanung grundsätzlich. In Ergänzung des bundesrätlichen Entwurfs will sie aufgrund der Herausforderungen der Corona-Krise insbesondere, dass Lehren aus der Covid-19-Pandemie gezogen und dass diese bei der Umsetzung der Leitlinien der Legislaturplanung berücksichtigt werden.

Die Kommission ist sich bewusst, dass der Bundesrat eine Evaluation der Bewältigung der Pandemie durchführen wird. Gleichzeitig hat auch die Geschäftsprüfungskommission entschieden, dass sie diese Krise aufarbeiten will. Im Vordergrund steht dabei sicher eine allfällige Revision des Epidemien-gesetzes. Ausserdem



werden sich sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament und die Kantone mit den wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Folgen der Covid-19-Pandemie vertieft auseinandersetzen. Es wäre deshalb schwierig, wenn man heute in der Legislaturplanung einzelne Bereiche, die von der Krise betroffen sind oder betroffen waren, ansprechen würde und andere nicht. Damit könnte die Gefahr bestehen, dass man keine Globalbetrachtung im Sinne eines Gesamtkonzeptes anstellt. Deshalb hat die Kommission diesbezüglich nur bei Artikel 11, Ziel 10, eine neue Massnahme 30bis zur Revision des Epidemiengesetzes beschlossen.

Die Kommission will nebst dem Klimaschutz auch den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Leitlinien festhalten, und zwar in Leitlinie 3. Die Zielsetzung im gesundheitspolitischen Bereich hat die Kommission mit einer wirkungsvollen Prävention ergänzt, und zwar in Ziel 10. Auf der Stufe der zur Zielerreichung vorgesehenen Massnahmen hat die Legislaturplanungskommission gegenüber dem Planungsentwurf des Bundesrates namentlich folgende Ergänzungen vorgenommen:

Nach umfassenden Diskussionen zu den Herausforderungen der Digitalisierung fordert die Kommission den Bundesrat auf, eine Strategie für eine starke digitale Gouvernanz auszuarbeiten, welche die Chancen der Digitalisierung nutzt und deren Risiken minimiert. Die Legislaturplanungskommission des Ständerates ist der Ansicht, dass die Digitalisierung allen zugutekommen soll. Sie fordert daher vom Bundesrat zusätzlich eine Strategie zur Inklusion sowie zur Förderung des barrierefreien Zugangs mit den Chancen der Digitalisierung. Die Legislaturplanungskommission ist der Meinung, dass der Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels zu den grossen Herausforderungen der 51. Legislatur gehören. Sie erwartet daher vom Bundesrat einen Bericht über den Aktionsplan Biodiversität sowie die Weiterführung der Umsetzung dieses Aktionsplans. Weiter soll eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz erarbeitet werden, welche auch die Kostenfolgen aufzeigt.

Im Bereich der Europapolitik unterstützt die Kommission die Zielsetzung des Bundesrates, über eine geregelte Beziehung mit der EU zu verfügen. Bezüglich der Migrationspolitik erwartet die Kommission vom Bundesrat Entscheide zur Übernahme der Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstandes unter Vorbehalt der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen. Um den Zugang der Schweizer Wirtschaft zu internationalen Märkten zu sichern, sollen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU und dem Vereinigten Königreich gewährleistet werden. Mit dem Ziel, allgemein für bestmögliche Rahmenbedingungen zu sorgen, will die Legislaturplanungskommission des Ständerates den Bundesrat beauftragen, eine Botschaft zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu verabschieden.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie will die Kommission eine optimale Grundversorgung in allen Regionen der Schweiz gewährleisten. Die Förderung des Zusammenhalts der Regionen sowie der Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen ist in den Augen der Kommission ein zentrales Ziel der 51. Legislatur. Zu dessen Erreichung soll eine Botschaft für die politische Bildung der jungen Generationen unter Einbezug der Kantone beitragen.

Weiter soll der Bundesrat in einem Bericht die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung erläutern. Die Kommission will aber keinen Aktionsplan für die Förderung der

AB 2020 S 515 / BO 2020 E 515

Mehrsprachigkeit und für den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur. Sie ist zwar der Meinung, dass die Mehrsprachigkeit für den Zusammenhalt in unserem Land sehr wichtig ist, sie wird aber schon bei der Beratung der Kulturbotschaft demnächst ein Thema sein. Dieses Anliegen wird auch nachher in der Detailberatung diskutiert werden, weil ein Minderheitsantrag vorliegt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Kommission zudem auf sicherheitspolitische Gefahren aus dem Luftraum gelegt. In diesem Zusammenhang fordert sie die Erneuerung der Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der dritten Dimension. Die Legislaturplanungskommission hat entschieden, Hinweise auf einzelne Motionen wegzulassen, weil sowieso alle in den Gesetzgebungsprozess kommen.

Wie ich am Anfang gesagt habe, hatten wir auch eine Anhörung der Konferenz der Kantonsregierungen. Die KdK hat die Kommission durch ihren Vizepräsidenten, Regierungsrat Stocker, darauf aufmerksam gemacht, dass die Gesetzesvorlagen und Projekte des Bundes in der neuen Legislatur auf keinen Fall zusätzliche Lasten für die Kantone und Gemeinden zur Folge haben sollten.

Gemäss der KdK brauchen folgende zwei Projekte besondere Aufmerksamkeit seitens des Bundesrates und des Parlamentes: die Aufgabenüberprüfung zwischen Kantonen und Bund – spezifisch bei allen grossen Bereichen der Staatsaufgaben wie der Prämienverbilligung und dem öffentlichen Verkehr – sowie die Umsetzung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Beim Ausbau aller Infrastrukturen sollen sowohl die Belange der Nachhaltigkeit wie auch die Bedürfnisse aller Regionen des Landes mit einbezogen werden.



Die Kulturbotschaft 2021–2024 ist ein wichtiger Bestandteil der Massnahmen zur Förderung des Ausgleichs zwischen den Regionen.

La commission a aussi accepté une proposition de corriger l'article 1er de l'arrêté fédéral dans la version française. En effet, dans le texte du projet du Conseil fédéral, on lit: "Pour la législature 2015 à 2023, les lignes directrices ..." La commission vous propose donc, à l'unanimité, de corriger: "Pour la législature 2019 à 2023, les lignes directrices ..."

Trattandosi di un oggetto con una portata ampia che tocca numerosi ambiti e tutta la legislatura, l'attenzione del Parlamento e anche del pubblico su questo tipo di dibattiti può sembrare forse meno forte rispetto ad oggetti più concreti, sui quali il Parlamento si china e dibatte. Eppure, il piano di legislatura, così come i dibattiti sul nostro programma di legislatura, sono importanti, come ce lo ha ricordato la presidente della Confederazione durante l'esame commissionale. Ci dicono a che punto siamo, che vogliamo e dove vogliamo andare.

Vi ringrazio quindi per l'attenzione che vorrete porre a questo piano di legislatura, agli interventi di entrata in materia che seguiranno e evidentemente all'intervento della presidente della Confederazione.

Müller Damian (RL, LU): Alle vier Jahre beschäftigen wir uns jeweils zu Beginn der neuen Legislatur mit der sogenannten Legislaturplanung des Bundesrates, also mit jenem Dokument, in dem die Landesregierung dem Parlament ihre Prioritäten für die nächsten vier Jahre vorlegt. Abgesehen davon, dass es – wie sich in diesem Jahr besonders deutlich zeigt – oft anders kommt, als mal gesagt wurde, bleibt bei der Behandlung des Geschäfts immer ein Gefühl der Unzufriedenheit zurück. Das war bei mir bereits im Jahr 2016 so, und nun ist es 2020 erneut der Fall. Es wird viel geschrieben und noch mehr geredet, ohne dass schlussendlich etwas Konkretes dabei entsteht, da die Legislaturplanung des Bundesrates bekanntlich jeweils nur zu einem nicht bindenden Beschluss führt.

Das ist allerdings auch richtig so, denn wie könnte der Bundesrat sonst auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren? Die Corona-Krise bietet diesbezüglich einen hervorragenden Anschauungsunterricht. Für mich ist also unbestritten, dass die Planung der Legislatur und die Formulierung der diversen Ziele nur zu einem nicht bindenden Beschluss führen soll. Unbestritten ist für mich auch, dass der Bundesrat seine Absichten und seine Vorstellungen davon, wie die kommenden Jahre konkret bewältigt werden sollen, dem Parlament darlegen soll. Die Kommissionssitzung zur Vorbereitung dieses Geschäftes hat jedoch einmal mehr deutlich gemacht, dass Aufwand und Ertrag bei dieser Beratung in keinem Verhältnis stehen. Ich will niemandem zu nahe treten, aber manchmal hatte ich schon den Eindruck, dass wir hier und da etwas um den heissen Brei herumgeredet haben. Neben dem, was uns der Bundesrat vorstellt, haben wir uns über dies und das und jenes unterhalten. Offenbar können wir uns solche Diskussionen leisten, allerdings nur, weil unser Beschluss ja nicht bindend ist. Genau das meinte ich, als ich sagte, dass am Schluss etwas zurückbleibt, das ich mit "Unzufriedenheit" bezeichne.

Wie Diskussionen, welche dieser Rat in früheren Jahren geführt hat, zeigen, ist das alles nicht neu. Das zeigen verschiedene Vorstösse, die in der Vergangenheit versucht haben, das Verfahren der Legislaturplanung zu vereinfachen, Vorstösse, denen der Bundesrat ganz und gar nicht ablehnend gegenüberstand – im Gegenteil, die Vorstösse wurden von ihm durchaus begrüsst. Leider war man zumindest in der letzten Legislatur nicht mutig genug, um auch den letzten Schritt zu machen.

Nun kann man sagen, es sei klar, dass das dem Bundesrat entgegenkomme, denn gerade in der Corona-Krise habe sich gezeigt, wie gerne er regiert habe. Diese Sicht der Dinge würde dem, was der Bundesrat in Zeiten von Corona, aber auch in sogenannt gewöhnlichen Zeiten geleistet hat und leistet, definitiv nicht gerecht. Auch in sogenannt normalen Zeiten ist der Bundesrat die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes. Er ist es, der laut Artikel 180 unserer Bundesverfassung die Ziele und Mittel seiner Regierungspolitik bestimmt sowie die staatlichen Tätigkeiten plant und koordiniert. Über diese Tätigkeiten hat er zu informieren, wie Absatz 2 dieses Artikels festhält. Natürlich verlangt die Bundesverfassung auch die Mitwirkung des Parlamentes an den wichtigen Planungen, weil diese Planungen unter Umständen präjudizierende Vorentscheide für die Gesetzgebung enthalten. Dennoch würde ich es für vollständig ausreichend befinden, wenn die Räte von der Legislaturplanung des Bundesrates Kenntnis nähmen. Als Räte können wir während einer ganzen Legislatur auf die Politik des Bundesrates Einfluss nehmen. Instrumente haben wir eigentlich genug. Vor allem können wir diese Instrumente dann einsetzen, wenn es die politische Lage verlangt, also dann, wenn es eben sinnvoll ist.

Da bringt die Detailplanung in der Legislaturplanungskommission aus meiner Sicht nichts, vor allem eben nichts Verbindliches und nichts Verpflichtendes. Dafür nimmt sie viel Zeit in Anspruch, Zeit, die mir persönlich angesichts der Herausforderungen, die wir politisch zu bewältigen haben, als zu wertvoll erscheint. Und die Detailplanung generiert Kosten aufseiten der Verwaltung, die wir getrost einsparen könnten.

Der Aufwand, den die Legislaturplanungskommission im heutigen Modus verursacht, ist angesichts der Not-



wendigkeit einer effizienten Arbeit je länger, je weniger zu rechtfertigen, weder in zeitlicher noch in finanzieller Hinsicht. Wenn ich mir die letzten Wochen genau vor Augen führe, nachdem ich gesehen habe, wie engagiert unsere Bundespräsidentin ist und wie sie sich dann noch zwei Kommissionssitzungstage Zeit genommen hat, um dies zusammen mit uns auch noch zu bewältigen, muss ich Ihnen sagen: Sie hat mich wirklich tief beeindruckt. Meiner Ansicht nach würde es völlig ausreichen, wenn uns der bundesrätliche Bericht zur Legislaturplanung nur noch zur Kenntnis unterbreitet würde.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, sich die Minderheitsanträge genau anzusehen, grossmehrheitlich abzulehnen und die Idee der Abschaffung dieser Kommission in den nächsten Monaten zu unterstützen.

Z'graggen Heidi (M-CEB, UR): Die Legislaturplanung ist für mich eine wichtige Vorlage des Bundesrates zuhanden des Parlamentes am Anfang jeder Legislatur, denn hier zeigt sich, in welche Richtung der Bundesrat, die Exekutive, unser Land führen will. Es ist also nicht eine einfache Aufgabe, die wir

AB 2020 S 516 / BO 2020 E 516

einfach durchwinken sollten, sondern hier sollten wir genau hinschauen.

Der Bundesrat erledigt diese Aufgabe mit einer, wie ich meine, sehr guten, soliden Grundlagenarbeit und auch – das möchte ich angesichts der Botschaft betonen – mit einer sehr grossen Arbeit. Er zieht zuerst die Bilanz aus der Legislatur 2015–2019, dann erarbeitet er eine Lagebeurteilung der Schweiz. Dabei betrachtet er die Lage der Schweiz im internationalen Umfeld, den Werk-, Denk- und Schaffensplatz sowie die Schweiz und ihre Gesellschaft. Das ist ein sehr interessanter Artikel, der unsere Situation hervorragend darlegt. Gestützt darauf, ortet der Bundesrat dann Handlungsbedarf und kommt, wie unsere Kommissionspräsidentin ausgeführt hat, zu drei politischen Leitlinien mit 18 Zielen und insgesamt 53 Massnahmen.

Es ist, wie gesagt, eine sehr gute Vorlage des Bundesrates, die zeigt, wohin er unser Land steuern will. Sie zeigt eine nüchterne und auch ein bisschen bescheidene Sicht auf die Schweiz und unsere Zukunft sowie darauf, wo wir mit diesen drei politischen Leitlinien hinwollen. Es fehlt mir ein bisschen der Stolz, die Begeisterung für die Exzellenz unseres Landes und die ausdrückliche Aussage, diese Exzellenz der Schweiz auch in Zukunft hochhalten und ausbauen zu wollen.

Wer von uns hier im Rat wird sich in ein bis zwei Monaten, ja vielleicht sogar in ein bis zwei Wochen noch daran erinnern, wohin uns die Exekutive in dieser Legislatur führen will? Wir werden diese drei politischen Leitlinien kaum wiederholen können, weil wir das Grundsätzliche, die Stossrichtung, bei den Detailberatungen bereits vergessen haben werden. Doch gerade das wäre für das Parlament und das Volk entscheidend und wichtig. Eine gemeinsame Übereinkunft im Sinn einer Vorbemerkung, einer Präambel im Bundesbeschluss zu haben – Wohin wollen wir? Was wollen wir in Zukunft sein? –, wäre schon sehr erfreulich, im Sinne von: Die Schweiz ist ein wunderbares Land mit vielen aussergewöhnlichen Stärken in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft, politisches System, Föderalismus und direkte Demokratie, mit international führenden Positionen – das zeigen ja auch viele Rankings, in denen die Schweiz immer führend ist. Es ist die Aufgabe des Bundesrates, diese Exzellenz zu betonen und weiterzubringen. Es wäre wichtig, dass der Bundesrat das zuhanden von Volk und Parlament auch zeigen würde, quasi als Leitstern für die Zukunft.

Sommaruga Carlo (S, GE): Comme mes préopinants, je tiens à souligner la qualité du programme de législation présenté par le Conseil fédéral. Ce document, qui se veut être la feuille de route de l'action gouvernementale, permet au Parlement, ainsi qu'aux citoyennes et aux citoyens, de cerner les priorités de l'action politique dans les divers domaines pour les quatre prochaines années.

Il faut le reconnaître, le programme de législation aborde les dossiers et les questions essentielles que les contextes politiques national et international obligent à aborder, que cela relève des contraintes démographiques, sociales, environnementales ou financières. L'inscription du programme de législation dans une présentation du cadre institutionnel, du contexte politique international et des enjeux sociétaux et économiques, actuels et futurs, au niveau national, ainsi que du bilan du programme de législation précédent, permet d'améliorer sa compréhension et de saisir l'importance des objectifs qui sont fixés. C'est le cas, à titre d'exemple, pour la contribution de la Suisse à la stabilité internationale; l'amélioration des rapports avec l'Union européenne; le renforcement de l'excellence suisse dans la recherche; la consolidation des assurances sociales, indispensables face au défi démographique et de la cohésion sociale, ou encore la cohésion nationale, notamment culturelle.

Toutefois, la présentation du programme de législation et sa discussion avec le Parlement ne doivent pas se résumer à prendre connaissance du projet du Conseil fédéral puis à simplement en prendre acte. C'est un moment important pour discuter et influencer l'action future du gouvernement. C'est pour cela que j'ai estimé



nécessaire, comme d'ailleurs d'autres collègues, de suggérer des inflexions du programme sur l'un ou l'autre point.

De mon point de vue, un élément important du débat en commission aura été l'impulsion donnée pour une modification de l'article 1, retenue par la majorité, qui charge le Conseil fédéral d'intégrer les enseignements de la crise du Covid-19 dans son action des quatre prochaines années. C'est peut-être une évidence, mais il était nécessaire de l'inscrire formellement dans le programme, car nos concitoyennes et concitoyens n'auraient pas compris que l'on passe comme chat sur braise sur ce point important du programme de législature, alors que l'activité gouvernementale sera forcément et profondément marquée par les conséquences de la crise dans la mise en oeuvre des trois lignes directrices et des dix-huit objectifs que le Conseil fédéral s'est fixés.

Je considère qu'un aspect reste encore en suspens: l'articulation entre le programme de législature et la Stratégie pour le développement durable. J'ai déjà eu l'occasion de le relever lors du deuxième jour de cette session dans le cadre de la discussion sur mon interpellation 19.4639 questionnant la stratégie de développement durable de la Suisse. Le programme de législature et la Stratégie pour le développement durable sont deux instruments essentiels d'orientation de l'activité politique du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral, par sa présidence, l'a rappelé en commission et, il y a quinze jours, devant notre conseil.

Certes, depuis 2009, le Conseil fédéral intègre une description des points principaux de la Stratégie pour le développement durable dans les messages périodiques du programme de législature, il n'en reste pas moins que la présentation reste confinée à l'extérieur du développement du programme lui-même, avec un évident manque d'articulation. C'est le cas encore plus cette année, dès lors que la Stratégie pour le développement durable ne sera adoptée et communiquée au Parlement qu'en 2021. Sur ce point, il y a une proposition de minorité, et une discussion aura donc lieu.

On peut se réjouir que la commission propose un renforcement substantiel de la dimension de la gouvernance numérique sur les plans national et international par l'introduction d'une nouvelle mesure en lien avec l'objectif 2, à savoir la mesure 12bis. Il convient de souligner que cette nouvelle mesure s'inscrit dans le principe de précaution, je dirai de précaution numérique ou, autrement dit, de la réduction des risques liés aux mégadonnées dans le cadre de la démocratie, de la protection des données et de la sécurité. Cette volonté politique de renforcement de la gouvernance numérique dans le pays prend formellement en considération deux aspects importants, en ajoutant une nouvelle mesure dans le projet du Conseil fédéral, ceci pour ne laisser personne de côté sur le chemin de la transformation numérique, à savoir d'une part l'intégration régionale et d'autre part l'intégration sociale.

Pour conclure ce débat d'entrée en matière, je relèverai que le programme politique pour le Conseil fédéral et pour les Chambres fédérales sera, ces quatre prochaines années, passablement chargé, mais aussi plein d'inconnues en ce qui concerne les suites de la crise du Covid-19 et des tensions politiques et économiques croissantes au niveau international. Il faudra nous engager fermement en faisant certainement preuve de souplesse. Cet engagement, de concert avec le Conseil fédéral, vise à ce que la Suisse et nos concitoyennes et concitoyens s'en sortent le mieux possible face aux défis et imprévus nationaux comme internationaux à venir.

Minder Thomas (V, SH): Alle vier Jahre legt der Bundesrat zuhanden des Parlamentes die Ziele und die Massnahmen für die Legislaturperiode fest – eine Übung, die seit Jahrzehnten umstritten ist. Aufgrund der ellenlangen Debatte im Nationalrat hat man sogar das Einzelantragsrecht ausgehebelt. Seit den Sechzigerjahren wurde das Verfahren der parlamentarischen Mitwirkung bei der politischen Planung auch immer wieder angepasst. Ich kenne kaum einen Parlamentarier und möglicherweise auch keinen Bundesrat, welcher wirklich zufrieden ist mit der gegenwärtigen Art und Weise, wie wir die Legislaturplanung handhaben. Ziel einer Legislaturplanung wäre es eigentlich, die Richtlinien der Regierungspolitik und nicht jene der Parlaments- respektive der Parteipolitik zu definieren. Doch leider halten sich gerade die

AB 2020 S 517 / BO 2020 E 517

Parteien nicht daran. Jede politische Partei will ihr Parteiprogramm in den Legislaturzielen reflektiert haben. Die Legislaturplanung ist gedacht als strategisches Führungsinstrument des Bundesrates. Sie summiert die Jahresziele des Bundesrates und der einzelnen Departemente und erlaubt dem Bundesrat und uns, am Ende der Periode die Erreichung oder Nichterreichung der Ziele zu bewerten. Das war auch der Grund, warum der Bericht bis 2003 nur zur Kenntnis genommen wurde und nicht wie heute mit Bericht und Botschaft und einfachem Bundesbeschluss vom Parlament verabschiedet wurde.

Heute ist der Sinn und Geist einer Legislaturplanung und auch die einst damit verbundene Kosteneffizienz – Kollege Damian Müller hat es angesprochen – total verloren gegangen. Die ohnehin schon sehr fragwürdige



und umstrittene Übungsanlage gipfelt aber nun in Absurdität, denn die Corona-Krise ist in der Botschaft und somit in den Zielen des Bundesrates gar nicht erfasst. So heisst es in einem Eintrag vom 29. Januar dieses Jahres auf dem Portal der Regierung, der Bundesrat "setzt auf Kontinuität und hält an den drei Hauptzielen der letzten Legislatur fest: Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit". Vergeblich sucht man in der Folge der Corona-Krise nach einem Update vonseiten des Bundesrates. Somit stehen und gelten die Anfang Jahr definierten Ziele nach wie vor. In Ziel 1 der Legislaturplanungsbotschaft heisst es zum Beispiel: "Die Schweiz sorgt für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt und eine stabile Finanzordnung." So wird es in Ziel 1 definiert. In Leitlinie 2 unter Ziel 9 heisst es zum Beispiel: "Die Schweiz reformiert ihre Sozialwerke und finanziert sie nachhaltig."

Einige Ziele und deren Massnahmen sind nach der Corona-Krise Makulatur. Andere wiederum fehlen komplett. Das Hauptziel dieser Legislaturplanung, Frau Bundespräsidentin, wäre es unbestrittenermassen – und da, denke ich, liege ich nicht falsch –, die Schweiz nach der Corona-Krise wieder in eine geordnete Stabilität zu führen, wieder wirtschaftliche Prosperität zu erlangen, die Normalität wiederherzustellen.

Ich verstehe es wirklich nicht: In anderen Bereichen reagieren wir nach weitaus kleineren Änderungen auf die Ausgangslage standardmässig mit Zusatzbotschaften, Neubeurteilungen, Reevaluationen, Sistierungen, sogar Rückweisungen und Mitberichten. Nichts von alledem geschieht aber nach einem Jahrhundert-Pandemieereignis. Weil die Hauptzielsetzungen fehlen oder eben falsch sind, sind auch die daraus abgeleiteten Massnahmen falsch, oder aber Massnahmen fehlen. Ich bin von dieser Legislaturplanung und von der Unflexibilität des Bundesrates, aber auch von der Unflexibilität der Legislaturplanungskommission wirklich enttäuscht. Sie hören das von mir in diesem Rat nicht zum ersten Mal. Mir fehlt in der Legislaturplanung, gerade zum Zeitpunkt einer noch nie da gewesenen Krise, dieser Corona-Krise, die Weitsichtigkeit, die Vision des Bundesrates und des Parlamentes, unser Land in die Zukunft zu führen.

Die Legislaturplanung könnte ein solches Instrument sein. Doch wenn man nach einer solchen Krise nicht einmal zur Einsicht kommt, die Planung zurückzunehmen, zu überarbeiten, zu überdenken und auch die bereits in diesen Räten beschlossenen tiefgreifenden Corona-Massnahmen zu integrieren, so gibt mir das einen Grund mehr, der neu eingereichten parlamentarischen Initiative Müller Damian (20.446), welche die Legislaturplanungskommission abschaffen möchte, zuzustimmen.

Die Sitzung heute Nachmittag ist für mich ein politisch verlorener Tag. Hätte der Bundesrat Weitsicht bewiesen, so hätte man sich heute zum Beispiel einen ganzen Nachmittag lang Gedanken machen können, wie man die Schweiz nach der Corona-Krise wieder neu organisiert und in diesem Land wieder Ordnung herstellt. Das wäre zukunftsgerichtet und kostengerecht gewesen, nicht aber das, was wir heute beschliessen.

Français Olivier (RL, VD): Cela a déjà été dit, mais il est toujours bon de le rappeler, puisqu'on a beaucoup de temps cet après-midi, l'instrument qui a été soumis à nos conseils est la conduite stratégique de l'exécutif. Il s'agit d'un travail fastidieux. Nombreux sont ceux qui dans cette salle ont pris part à un gouvernement, qu'il s'agisse d'un gouvernement cantonal ou de celui d'une grande ville, et savent qu'un tel travail est l'objet, certes d'un consensus, mais aussi du travail de représentants des partis politiques, qui sont membres de diverses institutions. Pour ce qui est du Conseil fédéral, on peut dire que, grosso modo, quatre partis sur cinq y sont représentés. Si j'aimerais entendre le parti qui n'est peut-être pas représenté au sein de l'exécutif, j'ose aussi rappeler, aux uns et aux autres, que ce travail est le fruit de discussions intenses. J'en sais quelque chose pour y avoir participé par le passé. Un tel exercice dresse certes le bilan du passé et, surtout, parle du futur. En son temps, la volonté était qu'on en parle, qu'on crée un acte, puis qu'on continue à en parler. Cela est typique de la politique. Qu'est-ce que cela va apporter? Pas grand-chose.

Si le programme de législature est une expression de plus de tout ce que nous disons, session après session, au Conseil fédéral, je me pose la question de savoir pourquoi, Monsieur le président, le Bureau du Conseil des Etats a décidé de prévoir cinq heures pour ce débat! D'une part, il existe des outils pour que nous puissions nous exprimer – on peut interpellier, déposer un postulat pour donner une idée ou une motion pour donner un ordre, on a même la possibilité de déposer une initiative –, d'autre part, les thèmes dont nous pouvons discuter sont nombreux. Mais je constate que le président lit et ne m'entend pas – ce n'est pas grave. Je regrette très sincèrement, mais, lorsque j'ai vu le programme, je me suis dit: "Mais pourquoi cinq heures?" Je vais en parler au sein du groupe. Même si je ne porte pas de montre, je réalise que cela ne fait pas une demi-heure que nous avons commencé; la commission a, quant à elle, fini de débattre; nous sommes dans le débat d'entrée en matière et, parmi tout ce que les intervenants ont dit et qui va s'ajouter à ce que va dire Mme la conseillère fédérale, aucun propos ne constitue un véritable apport, d'autant plus que nous allons quasiment prendre acte de ce programme de législature.

M. Sommaruga, vous revenez par trois fois sur le développement durable. Or, si vous lisez le document du



Conseil fédéral, vous apprendrez que l'Agenda 2030 de l'ONU comporte 19 objectifs. Le Conseil fédéral synthétise très bien, en trois objectifs, tout ce qui est en lien avec le développement durable. Il faut plutôt aborder d'autres thèmes. D'ailleurs, pour mémoire, le Conseil fédéral a présenté ce document le 29 janvier, soit avant la crise du coronavirus. Mais, permettez-moi l'ironie, je félicite la commission d'avoir tout de même ajouté un complément à ce sujet en faisant penser au Conseil fédéral qu'il faudra qu'il "tire les enseignements de la pandémie de Covid-19". Mon ironie montre tout l'intérêt que je porte à ce grand débat, qui est certes important, mais dont la forme structurelle m'étonne.

Les thèmes sont nombreux. Et l'un d'entre eux va nous préoccuper beaucoup, c'est la conséquence de cette crise sur le monde économique et sur les moyens à disposition pour financer nos assurances sociales. C'est le thème essentiel qui a été mis en évidence le 29 janvier. Il était déjà important alors, et il sera très important ces quatre prochaines années. Nous devons être très attentifs à toutes les propositions que nous allons recevoir de-ci de-là et aux conséquences qu'elles auront sur nos ressources.

Parce qu'on oublie une chose: c'est la population qui remplit les caisses de la Confédération en s'acquittant du paiement de la TVA et des impôts. Je suis un peu étonné que la commission n'ait pas mis l'accent sur le plan financier de la législature, qui est l'outil le plus important et dont on doit prendre en compte les objectifs.

Nous allons traiter deux objets importants cette semaine. Les 19 et 26 février 2020, le Conseil fédéral a fait part de sa vision stratégique en ce qui concerne l'armée et le domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation en transmettant le message sur l'armée 2020 et le message FRI 2021–2024. Progression des moyens annoncée pour ces domaines: respectivement 1,4 et 1,3 pour cent. On s'étonne que le même jour on ne prenne pas le même taux, mais enfin cela c'était une remarque que je me suis permis de faire à la Commission des finances.

AB 2020 S 518 / BO 2020 E 518

Avons-nous une fois mené ce débat? En tout cas, on devra le faire. Ici on est en décroissance, en décroissance financière, j'insiste, et il faudra qu'on en parle. J'aurais aimé que la commission se saisisse de la question, ouvre un peu le débat, dise où l'on va et comment on va y aller.

Voilà ma réflexion sur le programme de législature. Certes il est intéressant, certes il est important d'en débattre, mais sa forme, sa structure m'étonne. Et puis, Monsieur le président, je répète – et j'ose espérer, Monsieur le vice-président, qu'il sera tenu compte de cette remarque l'année prochaine – que trop de temps a été prévu pour ce débat, alors que nous devrions en avoir terminé d'ici une heure ou une heure et demie. Je ne pense pas qu'à 20 heures nous en serons encore à discuter de cet objet, et nous aurions donc pu ajouter à notre ordre du jour d'autres objets qui sont tout aussi, voire plus, importants que ce programme de législature.

Le président (Stöckli Hans, président): Pour que la chose soit claire, Monsieur le conseiller aux Etats Français, le temps à disposition pour traiter un sujet est proposé par la commission elle-même. Donc le bureau suit la proposition qu'on lui présente. Concernant votre deuxième question, l'année prochaine, logiquement, aucun débat sur le programme de la législature n'aura lieu.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Sie haben es selber gesagt: Der Bundesrat hat diese Legislaturplanung vor der Corona-Krise verabschiedet und nach der Krise auch nichts mehr daran verändert, weil sie bereits ans Parlament überwiesen worden war. Der Bundesrat kann einen Bundesbeschluss, den er ans Parlament überwiesen hat, nicht einfach wieder zurückholen und sagen, er nehme ihn noch einmal zu sich und komme dann wieder damit. Eine überwiesene Botschaft, ein überwiesener Bundesbeschluss ist bei Ihnen, und Sie sagen nachher, wie Sie damit umgehen wollen.

Sie hätten vielleicht die Möglichkeit gehabt, ihn an den Bundesrat zurückzuweisen. Ihre Kommission hat aber entschieden, eine zusätzliche Sitzung zu machen und dort noch einmal zu schauen, ob es in der Folge der Krise in den letzten Monaten Änderungen geben soll, und Ihre Kommission hat dann auch ein paar Änderungen vorgenommen.

Ich denke, das war wichtig und hat letztlich auch dem Bundesrat oder mir als Vertreterin des Bundesrates die Möglichkeit gegeben, zusammen mit Ihrer Kommission gewisse Änderungen zu diskutieren. Ihre Kommission hat diese dann auch entsprechend beschlossen. Das war also ein Zusammenspiel. Der Bundesrat kann Ihnen eine Vorlage aber nicht einfach wieder wegnehmen, wenn sie einmal ans Parlament überwiesen worden ist, und das ist auch richtig so.

Selbstverständlich wird die Arbeit des Bundesrates während der letzten Wochen jetzt noch evaluiert, was ich begrüße. Der Bundesrat wird das zum Teil selber tun. Es ist aber auch gut, dass sich Ihre Geschäftsprüfungskommissionen dieser Aufgabe annehmen. Der Bundesrat wird die gewonnenen Erkenntnisse dann auch während der Legislatur berücksichtigen; aus zeitlichen Gründen wird es aber einfach nicht möglich sein, diese



bereits jetzt umfassend in der Legislaturplanung zu berücksichtigen. Das hat auch Ihre Legislaturplanungskommission nicht gemacht, denn ich glaube, dass man schon gut daran tut, zuerst die Evaluation zu machen, weil man dann die entsprechenden Lehren daraus ziehen möchte.

Vorerst müssten wir also zuwarten, bis man tatsächlich die Lehren ziehen kann. Deshalb können wir uns heute auch noch nicht auf die reine Aufarbeitung konzentrieren. Umso wichtiger scheint es mir, dass in der Kommission eine zusätzliche Klausel aufgenommen worden ist. Sie können diese in Artikel 1 lesen, wo Ihre Kommission sagt, dass hier die Leitlinien festgelegt und auch die Lehren aus der Covid-19-Pandemie gezogen werden und dass diese bei der Umsetzung der Leitlinien berücksichtigt werden sollen. Da hat Ihre Kommission, glaube ich, eine geschickte Formulierung gefunden, um zu sagen, dass diese entsprechenden Lehren eben auch berücksichtigt und letztlich auch umgesetzt werden sollen.

Ich halte gerne nochmals kurz fest, was eigentlich mit der Legislaturplanung insgesamt bezweckt werden soll. Es handelt sich dabei nicht, wie das in anderen Staaten der Fall ist, um ein klassisches Regierungsprogramm. Andere Staaten, die eben nicht eine direkt- und auch nicht eine konkordanzdemokratische Regierungsform haben und in denen die Regierung aufgrund der Parlamentswahlen gebildet wird, erarbeiten ein Regierungsprogramm, und dieses Regierungsprogramm wird dann in der Legislatur einfach abgearbeitet. Sie sehen, wie das in Deutschland funktioniert: Dann arbeitet man einfach ab, was beschlossen worden ist. Faktisch ist das dann mehr oder weniger bereits entschieden.

Da haben wir in der Schweiz eine völlig andere Art, zu regieren; ich glaube, ich bin die Letzte, die Ihnen das sagen muss. Sie beeinflussen und entscheiden die wesentliche Regierungsarbeit nachher mit, indem Sie die Botschaften des Bundesrates beraten, indem Sie dem Bundesrat aber auch Aufträge erteilen – wie Herr Ständerat Français es gesagt hat: mit Interpellationen, mit Postulaten, mit Motionen und mit parlamentarischen Initiativen sowie bei Standes- und Volksinitiativen.

Sie sehen: Die Legislatur in der Schweiz, mit unserer Regierungsform, wird von vielen ganz verschiedenen Akteuren auch ganz direkt beeinflusst. Auch die Volksabstimmungen haben Einfluss auf die Regierungsarbeit: Ein in einer Volksabstimmung abgelehntes Gesetz zum Beispiel hat wiederum Auswirkungen darauf, wie die Arbeit weitergeht, eine angenommene Volksinitiative prägt auch eine Legislatur und die weiteren Arbeiten ganz wesentlich. Deshalb ist die Legislaturplanung nicht ein klassisches Regierungsprogramm, sondern eigentlich mehr ein Rechenschafts- und Kommunikationsinstrument des Bundesrates, bei dem es um die strategische Ausrichtung und das politische Arbeitsprogramm der nächsten vier Jahre geht. Wenn Sie diese Legislaturplanung lesen, dann sehen Sie, dass vieles bereits läuft. Es ist ja die Legislaturplanung 2019–2023 – vieles davon ist also bereits aufgegleist.

Frau Ständerätin Z'graggen hat vermisst, dass wir unseren Stolz auf unser Land und auch die Exzellenz unseres Landes nicht ein bisschen besser darlegen. Da hat die Frau Ständerätin schon recht! Wenn man sagt, es sei ein Kommunikationsinstrument des Bundesrates: Es ist ein sehr nüchternes und vielleicht auch sehr von Bescheidenheit geprägtes Kommunikationsinstrument. Umgekehrt kann man sagen: Es fokussiert in dieser Nüchternheit trotz allem auch auf das Wesentliche, z. B. auf den nationalen Zusammenhalt oder darauf, dass die Schweiz für Sicherheit und für den Schutz des Klimas sorgt oder in der Welt eine verlässliche Partnerin sein will. Damit versucht der Bundesrat, sage ich einmal, trotzdem und in aller Bescheidenheit, wesentliche Punkte hier in diese Leitlinien aufzunehmen – auch das, was in unserem Land eben wichtig ist und worüber ein breiter Konsens besteht. Ob dieser Versuch gelungen ist, müssen Sie entscheiden. Auch ob wir die Legislaturplanung kommunikativ aufladen sollten, müssen am Schluss Sie entscheiden. Eine gewisse Nüchternheit und eine gewisse Bescheidenheit gehören aber auch ein bisschen zu unserer schweizerischen Politik. Das ist das, was der Bundesrat schon auch zum Ausdruck bringen möchte.

Die Legislaturplanung 2019–2023, das haben Sie auch gesagt, setzt auf Kontinuität. In der Tat: Wir haben uns überlegt, ob wir etwas vollständig Neues machen sollen. Der Bundesrat überlegt sich auch immer, ob er es top-down oder bottom-up macht. Wir haben uns dann eigentlich darauf geeinigt, dass die drei Schwerpunkte der vergangenen Legislatur – Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit – ganz grundsätzlich weitergeführt werden. Es ist nicht so, dass wir das Land neu positionieren oder neu ausrichten müssen. Auch die strategische Ausrichtung der Leitlinien soll weitergeführt werden.

Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese drei Leitlinien auch aus heutiger Sicht und gerade auch nach den Erfahrungen der letzten Monate nach wie vor wichtig sind und dass die Verfolgung dieser wichtigsten Oberziele fortgesetzt werden soll. Er hat sie mit zwei neuen Prioritäten ergänzt: auf der einen Seite mit dem Schutz des Klimas und auf der anderen



werden.

Damit bringt der Bundesrat zum Ausdruck, dass aus seiner Sicht die Ereignisse, die Trends und die Entwicklungen der letzten Legislatur aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht, in einzelnen Politikbereichen sogar erheblicher Handlungsbedarf. Diese Überlegungen des Bundesrates widerspiegeln sich dann in Anpassungen der Leitlinien sowie natürlich dann auch entsprechend in den Zielen und in den Massnahmen.

Im Sinne einer kohärenten Regierungspolitik – ich glaube, das ist wichtig – ist eben die Legislaturplanung mit anderen Planungsinstrumenten und Strategien des Bundesrates verknüpft. Ich denke, dass es für Sie eine wichtige Möglichkeit ist, eben diese Kohärenz auch zu überprüfen. Es geht hier um den Legislaturfinanzplan. Es wurde gesagt, dieser zeige, wie falsch der Bundesrat jetzt nach der Corona-Krise liege. Wenn Sie aber die Ausführungen des Bundesrates lesen, stellen Sie fest: Wir sprechen hier von strukturellen Überschüssen, die erwartet werden, sagen aber gleichzeitig auch, dass damit eine hohe Unsicherheit verbunden sei. Natürlich sieht die Situation jetzt, nach der Corona-Krise, noch einmal sehr anders aus. Aber ich denke, es gehört dazu, dass wir weiterhin auch den Finanzplan, den Legislaturfinanzplan im Auge behalten. Auch Ihre Finanzkommission wird sich ja intensiv damit befassen, wie wir jetzt mit dieser neuen finanzpolitischen Ausgangslage umgehen. Aber es ist ja nicht so, dass jetzt unsere Finanzziele plötzlich insgesamt völlig neu wären, sondern auch hier wollen wir eine gewisse Stetigkeit beibehalten.

Ebenfalls enthalten sind hier die mittelfristige Personalplanung, die strategische nachhaltige Entwicklung und die weiteren Strategien. Das zeigt Ihnen auch, in welchem Rahmen sich eben diese Oberziele des Bundesrates bewegen und welche Auswirkungen sie haben.

Der Legislaturfinanzplan zeigt natürlich die finanzielle Entwicklung, er zeigt aber auch finanzpolitisch bedeutende Vorhaben auf; das hat sich nach der Corona-Krise nicht verändert. Gerade auch das, was die grossen finanzpolitischen Vorhaben betrifft, ist nach der Corona-Krise weiterhin aktuell. Der Bundesrat geht für alle drei Jahre, wie gesagt, von strukturellen Überschüssen aus, sagt aber, dass das mit grossen Unsicherheiten verbunden ist.

Die mittelfristige Personalplanung stützt sich auf die Legislaturplanung. Sie enthält Wachstums- und auch Kürzungsbereiche, und sie zeigt die voraussichtliche Entwicklung im Personalbereich. Die Verknüpfung mit der Legislaturplanung ist neu. Die Personalplanung soll damit auch transparenter werden für Sie, also für das Parlament.

Die Berichterstattung zur Legislaturplanung soll auch die engere Verknüpfung mit der Strategie Nachhaltige Entwicklung widerspiegeln. Die Arbeiten an der Strategie sind eben etwas verzögert, und deshalb konnte nur eine Kurzfassung zum Stand der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2020–2023 in die Botschaft integriert werden. Aber Sie sehen dort an ein paar ganz konkreten Punkten, dass der Bundesrat auch die Strategie Nachhaltige Entwicklung stärken will, indem er unter anderem organisatorische Massnahmen dazu getroffen hat.

Sie möchten darüber nachdenken, habe ich jetzt gesehen, welchen Stellenwert Sie der Legislaturplanung geben möchten, und auch die Diskussion zum Verfahren führen, also darüber, wie Sie mit der Legislaturplanung umgehen möchten. Das ist nicht neu, und es ist auch legitim, die Frage, ob es hier Reformbedarf gibt, immer wieder zu stellen.

Anlässlich der Behandlung der vergangenen Legislaturplanung wurden drei parlamentarische Initiativen eingereicht, die eine Anpassung des Parlamentsgesetzes verlangten. Sie wurden aber alle im Nationalrat abgeschrieben. Es gab auch im Jahr 2012 eine parlamentarische Initiative mit dem Ziel, das Verfahren anzupassen. Es wurde aber dann ebenfalls keine Änderung vorgenommen. Das soll Sie aber nicht entmutigen, hier noch einmal zu überlegen, wie Sie mit der Legislaturplanung umzugehen gedenken und ob das Verfahren und der Stellenwert für Sie stimmen. Ich habe von Ihrer Seite keine grundsätzliche Kritik am Vorgehen des Bundesrates gehört; darüber bin ich schon mal ganz glücklich.

Zur Frage, ob der Bundesrat nach der Corona-Krise die Legislaturplanung hätte anpassen müssen: Ich glaube, wir haben gerade im Zusammenspiel des Bundesrates mit dem Parlament, oder jetzt konkret mit Ihrer Legislaturplanungskommission, gezeigt, dass wir die nötige Flexibilität haben, um dort, wo es sinnvoll ist, gemeinsam mit der Kommission noch Anpassungen vorzunehmen.

In diesem Sinn unterstützt der Bundesrat selbstverständlich das Eintreten – eintreten müssen Sie ja – und dann auch die Änderungen, die Ihre Kommission angebracht hat. Zu den Minderheiten werde ich mich in der Detailberatung äussern. Die Anträge der Mehrheit Ihrer Kommission kann ich so, wie sie jetzt eingebracht worden sind, namens des Bundesrates unterstützen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Ich will die Debatte nicht verlängern. Es gab aber einige Voten, die auch die Diskussion in der Kommission betreffen. Ich möchte Ihnen deshalb noch einige



Informationen geben.

Die Legislaturplanung, das wissen wir, es wurde auch schon gesagt, ist ein Programm des Bundesrates. Das Parlamentsgesetz sieht vor, dass beide Räte die Legislaturplanung an zwei aufeinanderfolgenden Sessionen beraten. Die Frau Bundespräsidentin hat uns darauf hingewiesen, dass hier und auch im Nationalrat schon mehrmals diskutiert wurde, wie man die Legislaturplanung beraten soll. Das heutige Verfahren zur Beratung der Legislaturplanung basiert im Wesentlichen auf den Bestimmungen, die 2004 zum ersten Mal Anwendung fanden. Seither haben die Beratungen jeweils – die Frau Bundespräsidentin hat es gesagt – zu zahlreichen Vorstössen und zu parlamentarischen Initiativen Anlass gegeben, die zum Teil kleinere Anpassungen des Parlamentsrechts zur Folge hatten.

In der Kommission gab es während der Behandlung der Legislaturplanung in der Februarsitzung und in der Sitzung von Ende Mai keine Diskussion dazu, wieder einen Vorstoss in den Rat zu bringen, um das Verfahren zu ändern. Es gab auch keinen Antrag, die Legislaturplanung an den Bundesrat zurückzuweisen. Wir werden aufgrund der Initiative, die Kollege Müller, wenn ich das richtig verstanden habe, einreichen wird, wieder über das Verfahren diskutieren. Ich bin auch der Meinung, dass es gut ist, wenn wir das regelmässig diskutieren, aber, ich sage es nochmals: Diese Frage wurde schon mehrmals diskutiert. Deshalb müssen wir jetzt nach diesem Verfahren vorgehen. Die Diskussion ist meiner Meinung nach auch wichtig. Es gab wirklich viele Punkte, die innerhalb der Kommission diskutiert wurden. Sie werden es anlässlich der Detailberatung sehen.

Monsieur Français, vous avez rappelé l'importance du plan financier – nous ne l'avons pas évoqué. Le plan financier ne fait pas l'objet de l'arrêté fédéral, il n'est donc pas soumis à délibération. Il est annexé au message, c'est vrai, et donc, c'est clair, on peut en discuter, comme en a discuté la Commission des finances, qui a fait un corapport portant sur le programme et le plan financier de la législature. L'Assemblée fédérale peut en prendre connaissance dans le cadre du message sur le programme de la législature. Cette remarque concerne aussi le fait que la commission a discuté des objectifs et des mesures à prendre et non du programme de la législature. Comme je l'ai dit, on va discuter des propositions tout à l'heure. La crise du Covid-19 a une grande importance. Comme je l'ai dit lors de ma première intervention, la commission a décidé de faire une deuxième séance pour discuter du plan de la législature, en raison de la crise sanitaire et de ses conséquences pour la législature. Comme cela a bien été évoqué par Mme la présidente de la Confédération, la commission a décidé de modifier l'article 1 et de l'élargir, en disant que la Suisse doit tenir compte des enseignements tirés de la pandémie du Covid-19 dans la mise en oeuvre des lignes directrices. On en discutera peut-être après, lorsqu'on traitera l'article 1.

AB 2020 S 520 / BO 2020 E 520

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2019–2023 **Arrêté fédéral sur le programme de la législature 2019–2023**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Einleitung

... den folgenden Leitlinien, dabei werden auch die Lehren aus der Covid-19-Pandemie gezogen und bei der



Umsetzung der Leitlinien berücksichtigt:

Ziff. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 3

3. ... Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen und agiert ...

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Maret Marianne, Stöckli, Vara)

Ziff. 1

1. Die Schweiz sichert ihren Wohlstand auf nationaler und internationaler Ebene durch die substanzielle und wirksame Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2. Abschnitt).

Art. 1

Proposition de la majorité

Introduction

Pour la législature 2019 à 2023, les lignes directrices de la Confédération sont les suivantes (ch. 1–3). Les enseignements sont tirés de la pandémie de Covid-19 et pris en considération lors de la mise en oeuvre des lignes directrices.

Ch. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 3

3. ... la protection du climat et des ressources naturelles et agit ...

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Maret Marianne, Stöckli, Vara)

Ch. 1

1. La Suisse assure sa prospérité par la mise en oeuvre substantielle et efficace, au niveau national et international, de l'Agenda 2030 pour le développement durable (section 2).

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Frau Carobbio Guscetti äussert sich zuerst noch kurz zu einer inzwischen vorgenommenen Korrektur in der Einleitung auf der französischen Fahne.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: J'ai rappelé tout à l'heure qu'une proposition de correction a été acceptée par la commission à l'article 1. Cela concerne la version en langue française du projet du Conseil fédéral, dans lequel on parle du programme pour la législature 2015 à 2019, ce qui constitue bien entendu une erreur, puisque nous traitons du programme de la législature 2019–2023. D'où cette proposition de correction.

Comme je l'ai également dit, la commission a en outre décidé de compléter l'article 1 avec la phrase suivante: "Les enseignements sont tirés de la pandémie de Covid-19 et pris en considération lors de la mise en oeuvre des lignes directrices." Cette formulation a été retenue après une longue discussion, lors de notre deuxième séance de commission portant sur cet objet, qui s'est tenue à la fin du mois de mai dernier. Cette séance de commission avait pour objectif d'évaluer la nécessité d'adapter le programme de la législature aux mesures prises dans le cadre de la crise du coronavirus et aux conséquences de la pandémie.

A la fin de la discussion, la commission s'est mise d'accord pour dire qu'il était important d'apporter ce complément à l'article 1, mais trop tôt pour tirer les conclusions de cette crise. Il faudra pour ce faire conduire une évaluation. Le Conseil fédéral fera une évaluation de la gestion de la crise; le Parlement fera aussi cet exercice via les Commissions de gestion, tandis que les cantons se chargeront certainement aussi de faire cette évaluation.

C'est pour cette raison que nous avons considéré qu'il était trop tôt pour faire des propositions concrètes dans le cadre du programme de la législature et que le Parlement aura sûrement l'occasion d'en discuter. De nombreuses interpellations et autres interventions parlementaires, notamment des postulats, ont été déposées et portent sur les enseignements à tirer de la pandémie et de la gestion de cette dernière. Du point de vue de la commission, il est trop tôt pour faire des propositions plus contraignantes. La seule proposition de la commission, sur laquelle nous reviendrons, consiste à demander une révision de la loi sur les épidémies – c'est un aspect sur lequel je reviendrai.



Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Frau Carobbio Guscetti, wir nehmen Ihre Ausführungen zur Kenntnis und genehmigen die Korrektur der Jahreszahlen in der Einleitung auf der französischen Fahne.

Sommaruga Carlo (S, GE): J'avais préparé pour la discussion sur cette proposition de minorité un petit texte que je m'apprêtais à vous lire, mais les interventions des uns et des autres m'ont poussé à décider de m'exprimer librement, tout particulièrement après l'intervention de notre collègue Français.

Au sein de la commission, cela a été dit, nous avons parlé du plan financier et aucune demande ne nous a été faite de le modifier sur un point ou un autre, ni de le remettre en question. J'ai personnellement déposé une proposition relative à la crise Covid-19, et cela a suscité une discussion générale sur la question de savoir comment intégrer cette problématique dans le programme de la législature. Cela a été dit, ce point y a été intégré, et votre collègue de parti, Matthias Michel, a également participé à la discussion en faisant des propositions. Finalement, une proposition de consensus a été présentée par la présidente, proposition qui permettait de toucher à tous les domaines.

Cela montre que, finalement, la discussion sur le programme de la législature est intéressante et a aussi son effet. Elle peut avoir son effet non seulement sur la suite de la gestion de la crise Covid-19, mais aussi sur d'autres sujets, comme celui de l'Agenda 2030 et des Objectifs de développement durable. Il vous a peut-être échappé, Monsieur Français, que je viens du canton de Genève, où la Genève internationale joue un rôle important non seulement pour Genève, mais aussi pour la région, et donc aussi pour le canton de Vaud, tout comme d'ailleurs pour la Confédération, et que la Genève internationale est aujourd'hui, de fait, la capitale des Objectifs de développement durable. C'est M. Michael Moeller, ancien directeur général de l'Office des Nations Unies à Genève, qui en a fait ainsi le centre de réflexion et de proposition de la gouvernance mondiale et de la cohérence des gouvernances nationales.

C'est pour cela aussi que, lors de ma campagne pour l'élection au Conseil des Etats, j'ai mis en avant les Objectifs de développement durable, ce qui fait que j'interviens régulièrement sur ce thème, que ce soit dans le cadre du programme de la législature, des objectifs de politique extérieure ou

AB 2020 S 521 / BO 2020 E 521

d'interventions parlementaires, telles que des postulats ou des motions.

Je pense que c'est important, et pourquoi est-ce important? Parce que lors du dépôt, en commission, de ma proposition, qui vise à intégrer dans la ligne directrice relative à la prospérité la mise en oeuvre de l'Agenda 2030, on m'a tout simplement répondu qu'il fallait en parler au moment des débats sur les objectifs de politique extérieure, puisque cela concerne essentiellement la politique de coopération au développement. Je constate aussi que, lorsque vous avez pris la parole, cher collègue de la droite bourgeoise, vous avez évoqué 19 Objectifs de développement durable, or il y en a 17.

Ces différentes interventions montrent que, en fait, il y a une certaine méconnaissance, aujourd'hui encore, au sein de notre Parlement, de ce que sont les Objectifs de développement durable et du rôle, non seulement international, mais aussi national, de la cohérence des politiques publiques. Et je vous rappellerai que la question du développement durable touche différents domaines, qui sont variés, tels que la pauvreté, l'égalité de genre, la prospérité, et la prospérité non seulement aujourd'hui, mais aussi demain.

Et lorsque l'on parle de pauvreté, on voit que dans le message du Conseil fédéral, on nous indique que, malheureusement, la pauvreté en Suisse, au cours des quatre dernières années, ne s'est pas réduite. Cela peut effectivement être une préoccupation que nous devrions soutenir, et on le fait en respectant la cohérence des Objectifs de développement durable.

Pourquoi ai-je fait cette proposition? C'est parce qu'il me paraît important qu'on ne travaille pas en silo, d'une part, sur le programme de la législature et, d'autre part, sur l'autre document, considéré par le Conseil fédéral comme essentiel, à savoir la stratégie du développement durable. Il s'agit de pouvoir faire l'intégration des deux.

Je l'ai fait sous la forme non d'un projet précis ou d'une modification d'objectifs précis, voire de mesures précises, mais je l'ai fait dans le cadre d'une tête de chapitre, en indiquant que la prospérité de la Suisse doit s'inscrire dans la mise en oeuvre, aux niveaux national et international, des Objectifs du développement durable. Il est indispensable de passer par la mise en oeuvre de ces 17 objectifs, que ce soit au niveau sanitaire, de la coopération internationale – et aussi en Suisse – ou de la lutte contre la pauvreté. On sait que la lutte contre la pauvreté en Suisse est essentielle, puisqu'il y a encore 7 à 8 pour cent de la population qui vit en dessous du seuil de pauvreté et que la pauvreté dans le monde a une influence sur les flux migratoires et donc aussi sur la Suisse. Dès lors, il est important que l'on puisse intégrer cette préoccupation dans le cadre du programme de la législature.



Bien sûr, vous me direz que le chapitre 7 du message du Conseil fédéral aborde déjà cet aspect-là. Mais justement, il l'aborde dans un cadre annexe ou dans un cadre séparé de la mise en oeuvre du programme.

Je pense que c'est l'occasion aujourd'hui de pouvoir faire cette jonction de manière plus précise, ce d'autant plus que nous n'avons pas la stratégie du Conseil fédéral et le programme d'action sous les yeux. Dès lors, tenir compte globalement des Objectifs de développement durable, de l'Agenda 2030, dans les efforts consentis pour le développement, voire le maintien, de la prospérité de la Suisse, des Suissesses et des Suisses, me paraît être quelque chose de cohérent et de parfaitement justifié.

Je vous prie donc de suivre ma minorité.

Français Olivier (RL, VD): Je vous remercie M. le président pour ses informations et sa connaissance du règlement. Grâce à vous, j'apprends que cela est nouveau. J'ai refusé d'être président d'une commission assez importante, mais je crois que je vais redemander à mon groupe pour pouvoir gérer moi-même la durée des débats.

Sur ce point bien spécifique, tel que vient de le développer M. Sommaruga – représentant de la Genève internationale, rappelons-le, capitale de la Suisse et du monde, ou en tout cas en pensée sur bien des points, et nous en sommes tous très fiers, comme cela a été remarqué par l'une de nos collègues –, vous avez raison, M. Sommaruga: il n'y a pas 19 objectifs, il y en a 17. Je peux aussi vous donner le nombre de sous-objectifs, etc. Je vais vous les citer, car ils sont nombreux et ils sont tous très intéressants. Si j'ai fait une remarque tout à l'heure sur ces treize points, c'est qu'ils figurent tous dans la politique fédérale: point 1, pauvreté dans le monde; point 2, faim, sécurité de l'alimentation et agriculture; point 3, santé et bien-être; point 4, éducation et ses qualités; point 5, égalité des sexes; point 6, eaux propres et assainissement; point 7, énergies propres à un coût abordable; point 8, croissance économique, plein emploi; point 9, industrialisation; point 10, différentes inégalités dans le pays et dans les pays voisins; point 11, vie et communauté durables; point 12, consommation durable; point 13, changement climatique.

Quelles priorités, mettez-vous, M. Sommaruga, sur ces treize points? Si l'on demande au Conseil fédéral et qu'il met une priorité, c'est certes louable, mais il faut y arriver d'ici 2030. Admettez tout de même que ce programme, qui a été élaboré dans une chambre à New York – en particulier la COP21, qui a défini tous ces points – comporte un point essentiel, que l'on traite ici tous les jours, soit la question énergétique et tous les problèmes liés à la pollution, qui figurent dans l'Agenda 2030.

C'était pour participer un peu au débat, car si la commission veut vraiment que cela dure cinq heures, il faut l'alimenter. Tous les points cités dans ces treize objectifs sont importants – la Suisse est d'ailleurs cosignataire de l'Agenda 2030 –, mais dans une planification quadriennale, compte tenu de toutes les incertitudes qu'il peut y avoir, l'incertitude la plus importante reste l'aspect financier.

Je fais partie de la Commission des finances. Il est vrai qu'on aurait pu dire dans notre corapport qu'il serait nécessaire de patienter pour voir s'il y a une évolution. Mais ce qu'on attend au préalable, c'est la position du Conseil fédéral. Je ne vous cache pas que ce n'est pas facile: quand on a étudié tant de dossiers et qu'il faudra en étudier tant d'autres, on a besoin d'attendre un peu. Je pense que le Conseil fédéral prendra ses premières décisions d'ici la fin août prochaine, lorsqu'il aura préparé les lignes directrices de sa politique. Mais même pour nous, quand on parlera du compte d'Etat 2021, ce ne sera pas simple; quand on examinera le budget 2022, ce ne sera pas simple non plus.

Imaginer qu'on ne va pas y penser – quand je dis "on", je me mets avec le Conseil fédéral – est illusoire. Nous devons accompagner le Conseil fédéral avec une sérénité certaine pour donner confiance à la population pour l'avenir. Pour moi, c'est une évidence. Le programme de la présente législature doit être marqué par la raison et pas seulement par la passion des uns et des autres pour tel ou tel objectif, pour telle ou telle variable. Il faut être très raisonnable quant aux modifications qu'on lui apporte. C'est un texte qui doit faire l'objet d'un consensus et les termes utilisés doivent être dûment réfléchis, comme ils l'ont été par les sept membres du Conseil fédéral.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Der Bundesrat misst der Umsetzung der Agenda 2030 innen- und aussenpolitisch eine grosse Bedeutung zu. Er möchte auch sein Engagement für die Erreichung dieser globalen Nachhaltigkeitsziele bekräftigen. In diesem Sinne habe ich auch Verständnis, dass Sie sagen, dass Sie das noch einmal in den Vordergrund bringen wollen. Die Frage ist ein bisschen: Muss das hier drin sein? Wir haben ja eigentlich in Kapitel 7 der Botschaft ausführlich dargelegt, wie wir die künftige Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 entwickeln wollen. Wir haben die wichtigsten Leitlinien, Ziele und strategischen Stossrichtungen genannt und natürlich auch erwähnt, wie wir diese in der Umsetzung in der Bundespolitik festlegen wollen.



Herr Ständerat Sommaruga, Sie haben gesagt, man müsse die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 auch in dieser Legislaturplanung abbilden. Bei der Leitlinie betreffend die Sicherung des Wohlstandes und die Nutzung der Chancen der Digitalisierung ist der Bundesrat der Meinung, dass die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 ein entscheidender Politikbereich ist, aber es ist nicht der einzige. Unser Problem ist ein bisschen: Wenn wir jetzt hier diese Strategie erwähnen, dann müsste man wahrscheinlich andere Politikbereiche, wo

AB 2020 S 522 / BO 2020 E 522

wir auch mit Strategien arbeiten, auch noch hineinnehmen, und dann hätten wir eben diese schlanke, fokussierte Leitlinie nicht mehr. Ich möchte doch auf dieser Formulierung beharren.

Wenn die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 hier nicht explizit erwähnt ist, soll damit nicht zum Ausdruck kommen, dass sie für den Bundesrat weniger bedeutend sei. Wir sind der Meinung, dass es eben verschiedene Politikbereiche und Strategien gibt, die für den Wohlstand oder zum Erreichen der Leitlinie nötig sind. Deshalb möchten wir nicht eine Strategie hier speziell erwähnen, natürlich auch im Wissen darum, dass die Strategie Nachhaltige Entwicklung eine umfassende ist; wir haben es vorhin von Ständerat François gehört. Es sind unterschiedlichste politische Bereiche, die hier angesprochen werden, aber es gibt eben noch weitere.

Mit Ihrer Minderheit, Herr Ständerat Sommaruga, wäre der bedeutende Bereich der Digitalisierung nicht mehr drin. Das fänden wir auch schade. Es war dem Bundesrat wichtig, dass man das hier wirklich aufnimmt: "Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig und nutzt die Chancen der Digitalisierung." Die Digitalisierung wäre dann gemäss Ihrem Antrag nicht mehr drin.

In diesem Sinne möchten wir gerne bei unserem Entwurf bleiben und unterstützen die Mehrheit Ihrer Kommission.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: Je n'ai pas expliqué la position de la commission sur cette minorité, donc je le fais maintenant. Nous avons affaire à une proposition de minorité, du conseiller aux Etats Carlo Sommaruga, qui vise la ligne directrice 1 et vaut aussi pour le titre de la section 2.

La commission a mené une discussion approfondie sur la question soulevée par M. Sommaruga, qui est celle de savoir si la mise en oeuvre de l'Agenda 2030 pour le développement durable nécessite l'élaboration d'une ligne directrice propre. L'Agenda 2030, avec ses 17 Objectifs de développement durable et ses 169 cibles ou sous-objectifs, est avant tout un instrument de coordination et de cohérence des politiques. Les objectifs tiennent compte équitablement des dimensions économique, sociale et environnementale du développement durable et intègrent l'éradication de la pauvreté et le développement durable dans un dispositif commun. La Suisse est aussi appelée à réaliser ces objectifs sur le plan national et, surtout, chaque message doit indiquer la compatibilité avec l'Agenda 2030.

La majorité de la commission partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel l'élaboration de l'Agenda 2030 est une tâche de coordination et de cohérence entre les politiques publiques et n'a donc pas la priorité sur les autres stratégies. Elle ne nécessite par conséquent pas de ligne directrice qui lui soit propre.

Par 7 voix contre 5, la commission a décidé de ne pas modifier la ligne directrice 1 et le titre de la section 2, tel que le vise la proposition défendue par la minorité Sommaruga Carlo.

Pour la minorité de la commission, il ne s'agit pas uniquement d'une stratégie, mais cela devrait sous-tendre les actions de la Confédération et, donc, être indiqué déjà dans la première ligne directrice à l'article 1.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

2. Abschnitt Titel**Antrag der Mehrheit**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Maret Marianne, Stöckli, Vara)

Die Schweiz sichert ihren Wohlstand auf nationaler und internationaler Ebene durch die substanzielle und wirksame Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung



Section 2 titre

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Maret Marianne, Stöckli, Vara)

La Suisse assure sa prospérité par la mise en oeuvre substantielle et efficace, au niveau national et international, de l'Agenda 2030 pour le développement durable

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Stöckli, Vara)

Ziff. 1bis

1bis. Verabschiedung des Berichtes über den aktuellen Stand der geplanten und angedachten Investitionen bis 2031 und eine Strategie zum Ausbau der Investitionen im Dienste der nachhaltigen Entwicklung über drei Legislaturperioden

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Stöckli, Vara)

Ch. 1bis

1bis. Adoption du rapport sur l'état actuel des investissements prévus et envisagés jusqu'en 2031 et sur une stratégie d'augmentation des investissements au service du développement durable pour trois législatures

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: L'article 2 prévoit l'objectif selon lequel la Suisse assure l'équilibre du budget de la Confédération et la stabilité de son régime financier. La proposition de la minorité Sommaruga Carlo à l'article 2 concerne le plan des investissements et la transparence sur le plan des investissements. M. Sommaruga propose d'ajouter un chiffre 1bis aux mesures pour atteindre l'objectif 1 de l'article 2. Il demande l'adoption du rapport sur l'état actuel des investissements prévus et envisagés jusqu'en 2031 et sur une stratégie d'augmentation des investissements au service du développement durable pour trois législatures".

Une proposition similaire a été discutée dans le cadre du corapport de la Commission des finances de notre conseil et a été rejetée par ladite commission au motif qu'il n'y a pas de réel besoin d'ajouter de tels éléments, car ce thème est suffisamment traité dans d'autres objectifs.

Le Conseil fédéral a en outre prévu de publier, au cours du troisième trimestre 2020, un rapport sur le développement durable, dans lequel seront entre autres traités les émissions de CO2 et les investissements durables.

La Confédération a par ailleurs planifié différents investissements sur plusieurs législatures, par exemple pour répondre à la demande du Fonds pour le climat ou pour des infrastructures.

Le terme de 2031 tel que proposé par la minorité Sommaruga Carlo représenterait un problème, car trop complexe à mettre en oeuvre.

Dans ce cadre, la Commission spéciale du Conseil des Etats a aussi discuté des enjeux et des instruments financiers de la Confédération, ceci sur la base de différentes propositions qui ont été avancées en commission, mais qui n'ont finalement pas été déposées.

En ce qui concerne les investissements, la commission est d'avis qu'il est préférable de travailler à partir d'investissements prévus pour des projets concrets. Elle a donc rejeté la proposition défendue par la minorité



Sommaruga Carlo, par 8 voix contre 4 et 1 abstention.

AB 2020 S 523 / BO 2020 E 523

Sommaruga Carlo (S, GE): Il s'agit ici d'une minorité, que j'ai déposée et que je défends, concernant en fait l'aspect financier du programme. Cela a été dit, les enjeux financiers seront extrêmement importants les prochaines années de la législature, et il est aussi important d'avoir une vue d'ensemble à plus long terme. C'est ma proposition en ce qui concerne les investissements.

Il apparaîtrait en effet opportun que le Conseil fédéral établisse une vue d'ensemble sur trois législatures. Quels sont finalement les grands investissements que le Conseil fédéral entend effectuer dans les divers domaines d'action politique, que ce soient les infrastructures, que ce soit le domaine militaire, que ce soit la politique climatique, etc.? Il importe donc d'examiner ces investissements pour déterminer là où il peut y avoir des situations difficiles du point de vue financier.

Aujourd'hui, on n'a pas la vue d'ensemble de la manière dont ces investissements prévus dans l'un ou l'autre domaine pourront être mis en oeuvre sans qu'il y ait des problèmes au niveau du budget et de la libération des fonds. C'est donc cela que ma proposition vise en premier lieu. C'est la première partie de ma minorité.

Ma deuxième minorité vise à ce qu'il y ait un renforcement des investissements liés au développement durable. Il ne s'agirait pas d'indiquer, dans la planification des investissements, que telle chose ne doit pas être faite, ou que telle chose doit être faite de manière individuelle, ceci relève de la compétence du Conseil fédéral, et cela lui est laissé. Mais la présentation d'un tel rapport au Parlement permettrait d'avoir une vision globale et de voir quelle est la perspective de réorientation ou d'orientation des investissements du Conseil fédéral. Cela contribuerait à la mise en place d'une politique durable au niveau financier et au niveau des investissements. Et cela permettrait aussi d'avoir une vision sur la mise en place de la réalisation des Objectifs de développement durable dans le cadre des investissements du Conseil fédéral. Cela ne me paraît pas révolutionnaire. C'est une chose qui irait dans le bon sens, puisque cela amènerait transparence financière pour les parlementaires et transparence sur la stratégie à long terme en matière de développement durable.

Je vous prie donc de suivre ma minorité.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Der Bundesrat hat Verständnis. Ich denke, Infrastrukturen erfordern ja häufig langfristige Planungen, es sind Projekte, bei denen man wissen muss, was sie kosten, was geplant ist. Wir wissen auch, dass gerade in unserem Land solche Infrastrukturvorhaben von der Planung bis zur Umsetzung viel Zeit brauchen, dass im Föderalismus auch die Infrastrukturen über verschiedene Stufen hinweg abgestimmt, abgesprochen werden müssen. Trotzdem ist der Bundesrat hier der Meinung, dass es kein zusätzliches Planungsinstrument in diesem Sinne braucht. Mit Blick auf die grossen Infrastrukturen kann ich es jetzt gerade einmal für das UVEK sagen: Wir haben mit dem Step Nationalstrassen und mit dem Step Schiene langfristige Planungen. Wir haben auch die Spezialfinanzierungen. Wir haben dort mit dem NAF und dem BIF auch eine Sicherheit, dass diese Investitionen tatsächlich erfolgen können. Von daher sind wir der Meinung, dass es jetzt nicht noch eine spezielle konsolidierte Sicht dieser verschiedenen, doch auch sehr langfristigen Infrastrukturplanungen braucht.

Dass Sie sich dafür interessieren, was hier langfristig geplant ist, ist sehr wichtig. Ich erwähne jetzt etwas anderes: die Energiestrategie. Dass wir bei der Energiestrategie 2050 immer wieder auch überprüfen, wo wir stehen, ist sehr wichtig. Wir sind aber der Meinung, wir hätten hier eigentlich die einzelnen Planungsinstrumente, und das ermöglicht es dem Parlament, sich auch einen Überblick zu verschaffen, ob diese Infrastrukturen und diese Investitionen, vor allem eben in die langfristigen Infrastrukturen unseres Landes, tatsächlich nachhaltig und auch nachhaltig gesichert sind, auch finanziell.

In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass der Mehrwert einer solchen konsolidierten Sicht nicht unbedingt gegeben ist, weshalb wir auch hier die Kommissionsmehrheit unterstützen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 30 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 3

Antrag der Kommission

Einleitung, Ziff. 3–6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates





Ziff. 7

7. Einführung einer regelmässigen Überprüfung der Bundesaufgaben

Art. 3

Proposition de la commission

Introduction, ch. 3–6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 7

7. Introduction d'un contrôle régulier des tâches de la Confédération

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Ziel 2 ist in Artikel 3 definiert: "Der Bund erbringt seine staatlichen Leistungen effizient und möglichst digital." Bei der Überprüfung der Bundesaufgaben hat die Kommission entschieden, den Begriff "kontinuierlich" durch den Begriff "regelmässig" zu ersetzen, damit man hier in Einklang mit Artikel 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes ist. Dort steht tatsächlich Folgendes: "Der Bundesrat überprüft die Aufgaben des Bundes und ihre Erfüllung sowie die Organisation der Bundesverwaltung regelmässig auf ihre Notwendigkeit und ihre Übereinstimmung mit den Zielen, die sich aus Verfassung und Gesetz ergeben." Deshalb beantragt die Kommission den Begriff "regelmässig" statt "kontinuierlich".

Angenommen – Adopté

Art. 4

Antrag der Kommission

Einleitung, Ziff. 8, 9, 11, 12

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 10

10. Verabschiedung der Botschaft zum Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen (Rest streichen)

Ziff. 10bis

10bis. Verabschiedung der Botschaft zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz

Ziff. 12bis

12bis. Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung einer starken nationalen und internationalen digitalen Governance, welche die Chancen der Digitalisierung nutzt und die Risiken insbesondere von Big Data im Bereich Demokratie, Datenschutz und Sicherheit minimiert

Art. 4

Proposition de la commission

Introduction, ch. 8, 9, 11, 12

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 10

10. Adoption du message concernant la loi fédérale sur l'allègement administratif des entreprises (Biffer le reste)

Ch. 10bis

10bis. Adoption du message visant à accroître le dynamisme de la place économique suisse

Ch. 12bis

12bis. Elaboration d'une stratégie visant à la mise en oeuvre d'une gouvernance numérique forte, sur les plans national et international, permettant d'exploiter les chances offertes par la numérisation et de réduire les risques représentés notamment par les mégadonnées dans les domaines de la démocratie, de la protection des données et de la sécurité

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Artikel 4 bzw. Ziel 3 sieht vor, dass die Schweiz für bestmögliche,

AB 2020 S 524 / BO 2020 E 524

stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter sorgt und das inländische Arbeitskräftepotenzial fördert. Die Kommission möchte, das habe ich bereits gesagt, keine Hinweise



auf einzelne Motionen. Deshalb soll der Hinweis gestrichen werden, um welche Motion es bei Massnahme 10 geht. Die Motionen und anderen Vorstösse werden ja sowieso vom Bundesrat behandelt.

Die Kommission will den Bundesrat mit einer neuen Massnahme 10bis beauftragen, eine Botschaft zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu verabschieden. Das Ziel ist es allgemein, für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Mit der neuen Massnahme 12bis fordert die Kommission die Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung einer starken nationalen und internationalen digitalen Gouvernanz, welche die Chancen der Digitalisierung nutzt und die Risiken insbesondere von Big Data im Bereich Demokratie, Datenschutz und Sicherheit minimiert.

Wir haben es schon in der allgemeinen Debatte gesagt: Der Bundesrat will die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um die Effizienz und die Qualität der öffentlichen Dienste zu stärken. Dazu werden im Rahmen von E-Government behördliche Leistungen möglichst elektronisch bereitgestellt. Hier ist neben anderen vorgesehenen Massnahmen insbesondere die Verabschiedung der Botschaft zu einem Bundesgesetz über Zusammenarbeitsformen im Bereich digitalisierter Behördenleistungen zu erwähnen, das die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich E-Government definiert und die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 umsetzt. Für die Kommission ist in Artikel 4 auch die neue Massnahme 12bis – ich habe sie erwähnt – zur Erarbeitung einer Strategie zur nationalen und internationalen digitalen Gouvernanz wichtig.

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Mehrheit

Einleitung, Ziff. 13–16

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 16bis

16bis. Gewährleistung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU und dem Vereinigten Königreich

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Michel, Stöckli, Vara)

Einleitung

... Weltwirtschaftsordnung, die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung verankert ist, und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang ...

Art. 5

Proposition de la majorité

Introduction, ch. 13–16

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 16bis

16bis. Consolidation des relations économiques bilatérales avec l'UE et le Royaume-Uni

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Michel, Stöckli, Vara)

Introduction

... ordre économique mondial solide inscrit dans les Objectifs du développement durable et assure à son économie l'accès ...

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Ich werde zu den Anträgen zu Artikel 5 insgesamt und auch zum Minderheitsantrag Sommaruga Carlo Stellung nehmen.

Bei Ziel 4 in Artikel 5 geht es um den Zugang der Schweiz zu den internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt. Hier hat die Kommission beschlossen, mit einer neuen Ziffer 16bis eine neue Massnahme zur Gewährleistung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU und dem Vereinigten Königreich aufzunehmen, um den Zugang der Schweizer Wirtschaft zu internationalen Märkten zu sichern.

Gemäss Ziel 4 soll die Schweiz auch einen Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung leisten. Die Minderheit Sommaruga Carlo will das Ziel präzisieren, indem nicht nur auf eine tragfähige Weltwirtschaftsordnung, sondern auch ausdrücklich auf die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung Bezug genommen wird: Diese von den Vereinten Nationen verabschiedeten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung müssten den Rahmen für



die wirtschaftliche Konsolidierung bilden. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die Hinzufügung der Nachhaltigkeit nicht zur Präzisierung von Ziel 4 beiträgt, weil eine tragfähige Weltwirtschaftsordnung an sich schon nachhaltig ist. Weiter wird der Begriff "nachhaltig" in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich verstanden. Die Kommission hat den Antrag Sommaruga Carlo mit 8 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Sommaruga Carlo (S, GE): Ma proposition de minorité ne remet pas en question la vision du Conseil fédéral. Elle ne remet pas en question l'objectif de consolider l'économie mondiale. Elle ne remet pas non plus en question la volonté d'un renforcement de l'accès aux marchés internationaux et au marché intérieur de l'Union européenne pour la Suisse. Ce qu'elle prévoit de faire, par une incise dans le titre, c'est de rappeler que cela doit se passer dans le cadre du respect des Objectifs de développement durable.

Tout à l'heure, un de nos collègues a indiqué que les Objectifs de développement durable avaient été décidés dans une arrière-salle de l'ONU; cela ne reflète pas la manière dont cela s'est passé. Les Objectifs de développement durable font suite aux objectifs du Millénaire pour le développement, qui étaient essentiellement à la charge des pays industrialisés pour permettre aux pays du Sud de se développer de manière plus harmonieuse. Cependant, à la fin de la période prévue pour atteindre ces objectifs, en 2015, la communauté internationale – et parmi ses acteurs, il y avait un ambassadeur suisse, qui aujourd'hui travaille d'ailleurs à la Direction du développement et de la coopération –, a opéré une révolution dans la perception des choses, à savoir que les Objectifs de développement durable engagent non seulement les pays industrialisés, mais également les pays du Sud, les pays fragiles et les pays intermédiaires. L'ensemble de ces pays doivent contribuer aux 17 Objectifs de développement durable.

Il est important, dans le cadre de la thématique des relations internationales économiques, de rappeler que celles-ci doivent s'inscrire dans les Objectifs de développement durable auxquels la Suisse a souscrit. Dès lors, on n'est pas là en train de modifier des mesures précises proposées par le Conseil fédéral, mais ce que l'on fait, c'est tout simplement d'indiquer que cela doit se passer dans ce cadre.

J'avoue ne pas comprendre le refus de retenir cet objectif puisqu'il assure la cohérence. Vous me direz, et c'est vrai, qu'on le fait dans le cadre des négociations des accords de libre-échange. Aujourd'hui, de plus en plus, il y a des dispositions qui sont de nature sociale ou de nature environnementale qui y sont intégrées, comme dans le cadre de l'accord de libre-échange avec l'Indonésie. Il n'empêche que rappeler dans le titre que cela doit se faire dans le cadre de la politique internationale paraît tout simplement une question de bon sens, puisque c'est un cadre dans lequel on s'est inscrit; ce n'est qu'une formulation écrite de ce qui devrait être une évidence.

Je vous remercie donc de bien vouloir suivre ma minorité.

Français Olivier (RL, VD): C'est vrai, on peut entendre beaucoup de choses à la tribune. Parfois, on dérape: par deux fois, dans ce débat, j'ai peut-être dit des choses qui n'étaient pas très justes, et j'ai remis les pendules à l'heure, en remerciant, entre autres, notre président pour nous avoir rappelé les règles.

Par contre, ce que je ne peux pas entendre de la part de mon préopinant, c'est de prétendre que j'avais dit que la discussion menée par les Etats membres l'avait été dans une "arrière-salle". Je n'ai pas dit cela!

AB 2020 S 525 / BO 2020 E 525

J'ai juste fait la remarque que si Genève est certes la capitale suisse internationale, ce débat s'est tenu à l'ONU justement, de manière responsable, avec des gens responsables, et dans la salle ad hoc pour discuter de ce problème important. Ce n'était donc pas dans une "arrière-salle" que ce dossier a été traité. Il s'est fait avec sérénité, et la Suisse y a participé.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Sie erinnern sich, die Leitlinie 1 in dieser Legislaturplanung heisst: "Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig und nutzt die Chancen der Digitalisierung." Die erste Leitlinie umfasst in der Legislaturplanung sechs Ziele, die auf Leitlinie 1 beruhen, und eines dieser sechs Ziele ist eben Ziel 4.

Es ist klar, die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung. Der Hinweis, wie ihn die Minderheit jetzt verlangt – auf die Weltwirtschaftsordnung, die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung verankert ist –, ist eigentlich eine Präzisierung. Es ist nichts Neues, es ist kein Zusatz: Es ist ein Hinweis auf etwas, von dem wir alle ausgehen, nämlich dass ebendiese Weltwirtschaftsordnung, wie es bereits in der Leitlinie steht, den Wohlstand der Schweiz nachhaltig sichert. All das basiert letztlich auf einer Weltwirtschaftsordnung, die tragfähig ist und die natürlich ihrerseits in den Zielen für nachhaltige Entwicklung verankert ist. In diesem Sinne kann der Bundesrat diesen Minderheitsantrag zur Unterstützung empfehlen, weil er – noch einmal! – nichts Neues bringt, sondern eine Präzisierung dessen ist, was eigentlich bereits gesagt ist.



Ich habe es eingangs gesagt: Es ist mir ein Anliegen, dass hier nicht der Eindruck entsteht, wir hätten die Agenda 2030 irgendwo auf einem Abstellgleis parkiert, wir hätten hier die Legislaturplanung, und diese beiden Dinge hätten nichts miteinander zu tun. Ich habe Ihnen vorhin erklärt, warum wir bei der ersten Minderheit Sommaruga Carlo die Agenda 2030 nicht aufnehmen würden: weil es eben noch andere Politikbereiche gibt. Aber hier bin ich der Meinung – weil es eben aufgrund dieser Leitlinie sechs verschiedene Ziele gibt –, dass das Ziel hier darin besteht, einen Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung zu leisten. Noch einmal: Mit dem zusätzlichen Hinweis, dass diese eben in den Zielen für nachhaltige Entwicklung verankert ist, ändern Sie nichts, Sie ändern auch nicht die Welt. Ich denke aber, dass es richtig ist, dass wir darauf hinweisen, wo diese Weltwirtschaftsordnung verankert ist: Das ist natürlich – Herr Ständerat Français hat es jetzt auch gerade noch einmal bestätigt – diese Agenda 2030! Ich durfte damals, im Jahr 2015, dabei sein, als diese Agenda verabschiedet wurde. Das ist schon ein grosses Werk! Innerhalb der UNO war das eine Kraft sämtlicher Staaten, die sich zur Agenda 2030 bekannt haben, und zwar als Grundlage oder Ankergrund einer Weltwirtschaftsordnung. Das war ein sehr wichtiger Moment.

In diesem Sinne empfehlen wir Ihnen, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 6

Antrag der Mehrheit

Einleitung, Ziff. 17–22

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 22bis

22bis. Erarbeitung einer Strategie zur Inklusion sowie zur Förderung des barrierefreien Zugangs mit den Chancen der Digitalisierung

Antrag der Minderheit

(Chiesa, Kuprecht, Z'graggen)

Ziff. 22ter

22ter. Verabschiedung einer Strategie zur Initiierung globaler Bildungsprogramme

Art. 6

Proposition de la majorité

Introduction, ch. 17–22

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 22bis

22bis. Elaboration d'une stratégie visant l'inclusion et la promotion d'un accès sans entraves avec les chances qu'offre le numérique

Proposition de la minorité

(Chiesa, Kuprecht, Z'graggen)

Ch. 22ter

22ter. Adoption d'une stratégie visant à lancer des programmes de formation globaux

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Jetzt sind wir bei Artikel 6 zu Ziel 5, das die Rolle der Schweiz in Bildung, Forschung und Innovation sowie die Chancen der Digitalisierung betrifft.

Die Kommission ist der Meinung, dass Menschen mit Behinderungen Schwierigkeiten haben, Zugang zu erhalten, wenn es um die Digitalisierung geht. Barrierefreiheit und Digitalisierung ist eines von drei prioritären Handlungsfeldern der Behindertenpolitik des Bundes. Um die Chancen der Digitalisierung für alle zu gewährleisten, will die Kommission den Bundesrat mit einer neuen Massnahme 22bis zur Erarbeitung einer Strategie zur Inklusion sowie zur Förderung des barrierefreien Zugangs mit den Chancen der Digitalisierung beauftragen. Das könnte im Rahmen der Strategie Digitale Schweiz mit einbezogen werden.

Bei Ziffer 22ter haben wir einen Antrag der Minderheit Chiesa, der hier eine neue Massnahme will. Mit 8 zu 3 Stimmen hat die Kommission den entsprechenden Antrag abgelehnt. Der Antrag will die Ergänzung durch die "Verabschiedung einer Strategie zur Initiierung globaler Bildungsprogramme", die weiter gehen als Erasmus.



Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass alles getan werden muss, um bei Horizon und Erasmus zum Ziel zu kommen. In die Legislaturziele explizit die Strategie zur Initiierung globaler Bildungsprogramme aufzunehmen, könnte den Eindruck erwecken, dass wir bereits einen Plan vollziehen, anstatt die Priorität, den Beitritt zu Horizon und Erasmus, anzugehen.

Aus diesen Gründen hat die Kommission, wie vorhin gesagt, mit 8 zu 3 Stimmen den Antrag Chiesa, der hier als Minderheitsantrag aufgeführt ist, abgelehnt.

Chiesa Marco (V, TI): Eine Assoziierung an das EU-Bildungsprogramm Erasmus ist zu prüfen. Jedoch wäre es im Sinne einer Diversifizierung förderlich, wenn der Bundesrat zusätzlich eine Strategie zur Verbesserung des Austausches mit Bildungsstätten ausserhalb der EU vorlegen würde. So befinden sich zahlreiche exzellente Bildungsstätten ausserhalb der EU, namentlich in den USA und im Vereinigten Königreich, und immer mehr auch im asiatischen Raum. Diese Möglichkeit gilt es ebenfalls zu prüfen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Aus Sicht des Bundesrates ist eine gesonderte Strategie zur Initiierung von globalen Bildungsprogrammen unabhängig von der in der nächsten Periode verfolgten Förderpolitik des Bundes nicht erforderlich. Falls die Schweiz an das nächste EU-Bildungsprogramm Erasmus assoziiert wird, dann wird die aussereuropäische Kooperation und Mobilität durch dieses Programm bereits abgedeckt. Die EU hat für Erasmus ab 2021 explizit schon eine ambitionierte internationale Dimension vorgesehen. Es soll auch deutlich mehr internationale Kooperationsmöglichkeiten geben, mit weniger entwickelten Ländern, aber auch mit entwickelten, aufstrebenden Ländern. Falls die Schweiz hingegen ab 2021 eine eigene, eine Schweizer Lösung für die Förderung der internationalen Mobilität umsetzt, ist vorgesehen, dass die aussereuropäische Dimension ebenfalls verstärkt im Rahmen der entsprechenden Bundesprogramme gefördert wird. Wir können also sagen: Unabhängig davon, in welche Richtung die Schweiz ab 2021 geht, ist das, was Herr Ständerat Chiesa hier beantragt, bereits so vorgesehen.

AB 2020 S 526 / BO 2020 E 526

In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass dieser zusätzliche Absatz nicht nötig ist.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 31 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 7**Antrag der Kommission****Einleitung, Ziff. 23–25**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 25bis

25bis. Gewährleistung einer optimalen Grundversorgung mit IKT-Infrastrukturen (Informations- und Kommunikationstechnologie) in allen Regionen der Schweiz

Art. 7**Proposition de la commission****Introduction, ch. 23–25**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 25bis

25bis. Garantie d'une offre de base optimale d'infrastructures TIC (technologies de l'information et de la communication) dans toutes les régions de la Suisse

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Gemäss Ziel 6 sorgt die Schweiz für zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und IKT-Infrastrukturen. IKT ist, wie wir wissen, auch Teil der Grundversorgung. Einstimmig beantragt Ihnen die Kommission mit Artikel 7 Ziffer 25bis eine Massnahme zur Gewährleistung einer optimalen Grundversorgung mit IKT-Infrastrukturen in allen Regionen der Schweiz.

Angenommen – Adopté



Art. 8

Antrag der Mehrheit

Einleitung, Ziff. 26, 27

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 27bis

27bis. Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone

Ziff. 27quater

27quater. Verabschiedung des Berichts über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung

Antrag der Minderheit

(Juillard, Carobbio Guscetti, Michel, Müller Damian, Stöckli, Vara)

Ziff. 27ter

27ter. Verabschiedung des Aktionsplans für die Förderung der Mehrsprachigkeit und Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur unter Einbezug der Kantone

Art. 8

Proposition de la majorité

Introduction, ch. 26, 27

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 27bis

27bis. Adoption du message sur l'éducation citoyenne des jeunes en collaboration avec les cantons

Ch. 27quater

27quater. Adoption du rapport sur les conditions générales d'une exposition nationale

Proposition de la minorité

(Juillard, Carobbio Guscetti, Michel, Müller Damian, Stöckli, Vara)

Ch. 27ter

27ter. Adoption du plan d'action pour la promotion du plurilinguisme et de cours de langue et de culture d'origine en collaboration avec les cantons

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Ziel 7 in Artikel 8 lautet: "Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen." Hier gibt es einen Antrag für eine neue Massnahme, für eine neue Ziffer 27bis. Wieso? Der Bundesrat hat in Erfüllung eines Postulates Caroni (16.4095) im November 2018 einen Bericht über die politische Bildung in der Schweiz verfasst. In diesem Bericht steht auf Seite 12: "Weiterentwicklungen sowie die Behebung allfälliger Lücken und die Nutzung von Synergien sollen im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und in Beachtung der Autonomie der einzelnen Akteure erfolgen. Vor diesem Hintergrund kommt der Bundesrat zu folgendem Befund: Eine umfassende Strategie des Bundes für die politische Bildung ist auf die Sicherstellung der Rahmenbedingungen und vielfältigen Möglichkeiten zur Erbringung und Nutzung von Bildungs- und Informationsangeboten auszurichten."

Deshalb ist es nach Meinung der Kommission notwendig, dass im Rahmen der Zielsetzung des Bundesrates die politische Bildung der jungen Generationen in unserem Land erheblich gestärkt werden muss und mit einer neuen Massnahme in Ziffer 27bis explizit erwähnt sein soll. Diese Massnahme beauftragt den Bundesrat, in diesem Bereich eine Botschaft unter Einbezug der Kantone zu verabschieden.

Z'graggen Heidi (M-CEB, UR): Wir wissen es: Die Hauptverantwortung für die Bildung liegt gemäss Bundesverfassung bei den Kantonen. Das hat sich so auch mehr als bewährt, und wir sollten weiteren Zentralisierungen, insbesondere im Bildungsbereich, entschieden entgegenreten. Deshalb möchte ich – es gibt hier keine Minderheit –, dass wir darüber abstimmen können, ob wir diese Zusatzziffer 27bis streichen und die Hoheit für die politische Bildung bei den Kantonen belassen. In den Kantonen wird zurzeit zu diesem Thema viel gearbeitet und dieses Anliegen geprüft und aufgenommen.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Frau Z'graggen beantragt, Ziffer 27bis zu streichen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Nur kurz: Ich habe die Gründe genannt, wieso es wichtig ist, auch in diesem Bereich eine Massnahme zu haben. Die Kommission hat eine lange Diskussion geführt



und, gestützt auf dieses Postulat Caroni und insbesondere auf den Bericht des Bundesrates, entschieden, diese Massnahme einzuführen – unter Einbezug der Kantone. Das will ich eben sagen, das war die Meinung der Kommission: nicht allein durch den Bundesrat, sondern unter Einbezug der Kantone. Die Kommission war der Meinung, dass man die politische Bildung vor allem für die jungen Generationen in unserem Land wirklich fördern und stärken soll. Deshalb will man auch den Bundesrat beauftragen, unter Einbezug der Kantone in diesem Bereich eine Botschaft zu verabschieden.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Nachdem dieser Antrag gestellt worden ist, möchte ich gerne sagen, weshalb der Bundesrat hier die Kommissionsmehrheit unterstützen kann. Es ist so – und daran will niemand rütteln –, dass die verfassungsmässige Zuständigkeit für die Schulbildung bei den Kantonen liegt. Das gilt auch für die politische Bildung im Rahmen des Schulunterrichts. Was aber die ausserschulische politische Bildung anbelangt, auch die Partizipation, da hat der Bund eine subsidiäre Kompetenz. In diesem Rahmen unterstützt der Bund bereits heute zum Beispiel Jugendorganisationen, die die politische Partizipation von Jugendlichen fördern. Er unterstützt auch Jungparteien. Subventioniert wird insbesondere die Eidgenössische Jugendsession, aber auch Angebote wie die Kinderkonferenz oder der Campus für Demokratie. In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass es hier jetzt zwar nicht noch zusätzliche Unterstützung braucht, aber dass der Bund doch auch in Zusammenarbeit mit den Kantonen Unterstützung leisten kann. Der Zusatz "unter Einbezug der Kantone" erscheint uns sinnvoll und wichtig. In diesem Sinne unterstützen wir die Kommissionsmehrheit.

AB 2020 S 527 / BO 2020 E 527

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Bei Ziffer 27ter haben wir eine Minderheit Juillard. Der Antrag ist in der Kommission knapp abgelehnt worden. Er fordert, dass man einen Aktionsplan für die Förderung der Mehrsprachigkeit und den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur unter Einbezug der Kantone verabschiedet, und will eine entsprechende neue Massnahme in Artikel 8 Ziffer 27ter einführen. Die Kommission hat diese neue Massnahme zur Mehrsprachigkeit mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die knappe Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Mehrsprachigkeit für den Zusammenhalt in unserem Land sehr wichtig ist, sie wird aber demnächst bei der Beratung der Kulturbotschaft ein Thema sein. Der Bund hat hier eine subsidiäre Funktion, er kann Projekte der Kantone unterstützen. Aus den erwähnten Gründen betrachtet sie eine neue Massnahme und eine Beauftragung des Bundesrates zur Verabschiedung eines Aktionsplans als nicht nötig.

Juillard Charles (M-CEB, JU): Au nom de la minorité de la commission, je vais tenter de convaincre cette fois-ci la majorité d'entre vous de la nécessité d'agir dans le domaine du plurilinguisme pour l'avenir de notre pays. Cohésion, compréhension, prospérité et solidarité: la crise sanitaire et économique que nous traversons démontre encore une fois le besoin de se serrer les coudes et de se comprendre encore mieux.

Quel est le contexte? La compréhension entre les communautés linguistiques joue un rôle majeur dans le maintien des cohésions sociale et nationale. Il est essentiel de faire évoluer les attitudes vis-à-vis du plurilinguisme et des langues minoritaires en Suisse. Pour l'heure, on constate un décalage entre les principes exprimés dans la loi et la réalité du vivre-ensemble.

Qu'en est-il au niveau de l'évolution de la population? Entre 1970 et 2018, cette évolution montre qu'à l'exception du français – ce qui est réjouissant –, la part des résidents permanents en Suisse parlant régulièrement les langues nationales diminue. A noter que 37,5 pour cent de la population résidant de manière permanente en Suisse est issue de la migration. La population, à 62 pour cent, parle l'allemand ou le suisse allemand, en recul de 4 pour cent; à 23 pour cent le français, en augmentation de 5 pour cent; à 8 pour cent l'italien, en recul de 3 pour cent; à 0,5 pour cent le romanche, en recul de 0,3 pour cent; et à 23 pour cent d'autres langues, dont 5,8 pour cent l'anglais, 3,6 pour cent le portugais et 19 pour cent d'autres langues encore.

En matière d'éducation, les compétences fondamentales des élèves dans la deuxième langue nationale – l'allemand ou le français – sont plus faibles que celles en anglais. La possibilité de participer à des échanges linguistiques nationaux et internationaux est encore peu utilisée: 3 pour cent des élèves de l'école obligatoire et du secondaire II l'ont utilisée en 2019, selon les estimations de Movetia, et la tendance est croissante. Chez les étudiants qui participent au programme suisse Erasmus plus, les destinations préférées pour les échanges internationaux sont dans l'ordre l'Allemagne, la Grande-Bretagne et la France.

Quelles sont les compétences fondamentales des élèves suisses en matière de deuxième langue en huitième année? Selon les tests, les résultats pour la compréhension de l'écrit donnent en moyenne 71,6 pour cent en allemand, 65,2 pour cent en français, contre 86 pour cent en anglais. Pour la compréhension de l'oral, on obtient en moyenne 88 pour cent en allemand, 88,6 pour cent en français, contre 95,4 pour cent en anglais.



Cela doit nous interpeller.

Sur le plan économique, sur le plan du marché du travail, les langues nationales sont relativement bien représentées au quotidien. Mais en ce qui concerne la volonté, chez les personnes adultes, d'apprendre une langue, l'anglais, à nouveau, passe en tête. L'étude "Langues étrangères dans l'activité professionnelle" estimait, en 2009, la valeur du plurilinguisme, toutes langues incluses, à 9 pour cent du PIB suisse, soit 46 milliards de francs.

Le suisse allemand est la langue la plus fréquemment parlée, avec 64 pour cent des personnes occupées; suivi de l'allemand standard, 35 pour cent; du français, 29 pour cent; de l'anglais, 20 pour cent; et de l'italien, 9 pour cent. Une grande partie – 35 pour cent – des personnes actives occupées apprendraient ou amélioreraient volontiers l'anglais pour leur travail. Cette langue devance les trois langues nationales que sont le français avec 15 pour cent, l'allemand avec 13 pour cent et l'italien avec 11 pour cent.

Sur le plan politique et de l'administration, de nombreuses interventions politiques au niveau fédéral rappellent que le plurilinguisme helvétique n'est pas toujours suffisamment respecté. On trouve des exemples dans l'éducation, dans l'attribution des mandats publics, dans la politique de la signalisation, dans les structures publiques et dans l'intégration. Le rapport d'évaluation 2019 concernant la promotion du plurilinguisme au sein de l'administration fédérale montre que, si dans l'ensemble le bilan est positif et que, par exemple, 78 pour cent du personnel remplit les attentes de l'ordonnance sur les langues en termes de compétences linguistiques, les écarts par rapport aux valeurs fixées par cette même ordonnance restent parfois considérables.

Quels sont les besoins ou que faut-il faire? Le plurilinguisme est un thème transversal, qui demande une approche intersectorielle, coordonnée et cohérente. Celle-ci doit être régulièrement évaluée. Aux niveaux national et cantonal, il existe déjà diverses bases légales et divers plans stratégiques en faveur du plurilinguisme. Cependant, il manque un plan d'action national qui englobe ces mesures et qui se focalise sur des objectifs communs, comme le fait par exemple la Stratégie Suisse numérique dans le domaine du développement digital. Un tel cadre contribuerait à démontrer une réelle volonté politique, à améliorer la coordination et à veiller aux progrès de la situation et à l'efficacité des mesures.

Voici les principaux champs d'action à considérer. Un plan d'action est souhaitable pour offrir une approche coordonnée, transversale et cohérente dans l'ensemble du système institutionnel et civil helvétique en faveur des langues nationales. Il doit concerner divers champs d'action. Tout d'abord, celui de la sensibilisation, de la promotion et de la visibilité: pour rendre le plurilinguisme visible et vivant, une volonté politique forte est nécessaire. Il s'agit de sensibiliser les acteurs clés, tout comme la population. Comme base, il est notamment souhaitable d'améliorer les données statistiques et de renforcer la recherche sur les dimensions sociales et économiques du plurilinguisme. Les médias, et notamment la SSR, jouent un rôle clé dans la promotion de la cohésion nationale.

Je cite quelques mesures existantes ou envisagées à titre d'exemple: journée du plurilinguisme dans certains cantons plurilingues; promotion du plurilinguisme au sein de l'administration fédérale; prix du bilinguisme ou du plurilinguisme; mission de la SSR pour la cohésion nationale et la compréhension mutuelle; statistiques des langues et religions de l'OFS; journée du plurilinguisme dans les parlements national ou cantonaux; baromètre du plurilinguisme régulier en Suisse sur la base de l'exemple de la ville de Bienne, ou encore renforcement de la recherche académique dans les domaines de l'économie et de la société.

Une promotion du plurilinguisme dans les structures et institutions publiques, par exemple dans les services de la santé et de la justice et en matière de politique de signalisation, est souhaitable, ainsi qu'une meilleure prise en compte de la diversité des langues dans les appels d'offres publics.

Aussi, l'armée et le service civil peuvent être renforcés comme lieux de mixité linguistique et d'échanges. En vue d'une plus grande efficacité, une coordination entre les acteurs de la compréhension est nécessaire pour favoriser une action cohérente. Voici les mesures existantes ou à prendre, à titre d'exemples: service de traduction et cours de langue dans le service public; accès plurilingue aux appels d'offres publics; promotion d'une meilleure coordination de l'action civile en faveur du plurilinguisme; service militaire et service civil dans les différentes régions linguistiques, ce qui pourrait même conduire à une certification utile pour les jeunes Suisses qui l'obtiendraient.

Sur les plans de l'éducation et de l'intégration, les compétences linguistiques et les échanges lors de formations scolaires et professionnelles doivent être soutenus auprès des

AB 2020 S 528 / BO 2020 E 528

élèves et des enseignants. Dans le domaine de l'intégration, il importe de renforcer l'accès aux langues et cultures helvétiques. Il s'agit également de favoriser l'apprentissage par immersion auprès des cantons. Dans ce domaine, je ne citerai qu'un exemple: celui de la maturité bilingue mise en place entre le canton du Jura et



celui de Bâle-Campagne, prévoyant un parcours de deux années à Porrentruy et de deux années à Laufon. Sur les plans de la culture et du sport, la création artistique helvétique doit être accessible dans les langues nationales, que cela concerne les musées, les films ou les théâtres. Il s'agit également d'encourager une offre culturelle plurilingue et de favoriser les échanges entre les artistes des différentes régions linguistiques. Il est nécessaire de promouvoir le sport comme lieu d'échanges favorisant la compréhension entre les différentes cultures et la cohésion nationale. Par exemple, dans les mesures existantes, il y a effectivement le message culture pour les années 2021–2024, qui prévoit des offres d'échanges pour artistes par le biais de Pro Helvetia, et les programmes de sport nationaux et cantonaux, comme les camps sportifs, le module sur la culture du sport et l'offre de Jeunesse et Sport.

Enfin, dans le domaine économique, le plurilinguisme doit apparaître clairement comme un avantage compétitif pour l'économie suisse auprès des entreprises.

Il s'agit également de diffuser les bonnes pratiques en matière de plurilinguisme helvétique: il est nécessaire de promouvoir et de mieux coordonner l'échange entre les apprentis, les stagiaires et les employés des entreprises. Les labels pour le bilinguisme ou le plurilinguisme, les tandems linguistiques, les études économiques liées au plurilinguisme, l'association Région capitale suisse, les plateformes d'échanges et de collaboration pour les entreprises ou les associations professionnelles, peuvent, par exemple, contribuer à la diffusion de ces bonnes pratiques sur l'ensemble du territoire.

Même si cet objectif, comme on l'a entendu tout à l'heure, est déjà contenu dans le message culture, rien n'empêche de reprendre ici, dans un programme de législation qui est quand même une forme de discours de politique générale, cet objectif si cher à la cohésion nationale.

J'espère que vous aurez compris l'importance du plurilinguisme en Suisse, qu'il faut renforcer et cultiver au quotidien. Cela vaut bien un plan d'action, n'est-ce pas?

Pour toutes ces raisons, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité de la commission.

Sommaruga Simonetta, présidente de la Confédération: La loi sur les langues établit les domaines dans lesquels la Confédération peut s'engager en faveur du plurilinguisme, et le message culture fixe les montants.
xxx

La demande est déjà en grande partie couverte par le programme de législation 2019–2023, qui contient un objectif et des mesures de promotion du plurilinguisme. En ce qui concerne l'enseignement des langues nationales, notamment, c'est l'objectif no 7. Le Conseil fédéral a fixé les mesures prioritaires pour atteindre cet objectif. Elles concernent en particulier la promotion des échanges scolaires et la promotion de l'enseignement de l'italien et du romanche en Suisse, pour lesquelles un effort supplémentaire sera entrepris. Cette orientation sera validée dans le cadre du message culture 2021–2024. Le cadre financier à disposition ne permet pas d'envisager de nouvelles priorités.

En ce qui concerne spécifiquement l'enseignement en langue et culture d'origine, la Confédération n'a qu'un rôle subsidiaire. Elle peut soutenir des projets des cantons pour la promotion de concepts d'enseignement intégré en langue et culture d'origine, la formation continue des enseignants et l'élaboration de matériel didactique. La Confédération assume pleinement son rôle dans ces domaines et collabore étroitement avec les cantons. En effet, l'Office fédéral de la culture a soutenu, durant les trois dernières années, sur la base de recommandations d'experts de la CDIP, 22 projets pour un montant global de plus de 1 million de francs.

La promotion de l'enseignement en langue et culture d'origine est de la compétence des cantons – c'est la réflexion qu'a faite le Conseil fédéral. Vous venez de discuter de la compétence des cantons. Bien sûr, il s'agit d'un domaine qui est très important, aussi pour la cohésion de notre pays. En même temps, il faut quand même aussi réfléchir, comme il s'agit d'une compétence des cantons et que la Confédération n'a qu'une compétence subsidiaire, si vous voulez changer ces compétences. Sur ce point, le Conseil fédéral est d'avis que cette compétence doit quand même rester auprès des cantons.

C'est pourquoi le Conseil fédéral vous recommande de soutenir la majorité de la commission.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Mit einer neuen Massnahme 27quater fordert die Kommission die Verabschiedung eines Berichtes über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung. Der Bundesrat hat in den Stellungnahmen zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen gesagt, dass er bereit sei, die nächste Landesausstellung mit bis zu einer Milliarde Franken zu unterstützen. Es müssten gewisse Rahmenbedingungen eingehalten werden, und die lokale und regionale Verankerung müsste auch über eine finanzielle Beteiligung erfolgen. Zurzeit sind mehrere Projekte in Erarbeitung. Daher sollte der Bundesrat jetzt nach Meinung der Kommission die Rahmenbedingungen festlegen und den Prozess definieren, damit die Vorinvestitionen, die mancherorts getätigt werden, nicht ins Leere laufen. Deshalb beantragt sie diese neue



Massnahme 27quater.

Ziff. 27bis – Ch. 27bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag Z'graggen ... 17 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. 27ter – Ch. 27ter

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 9

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Müller Damian, Stöckli, Vara)

Ziff. 28bis

28bis. Verabschiedung des Aktionsplans für den Schutz vor Diskriminierung, den Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen und Massnahmen der Verhütung von Diskriminierungen unter Einbezug der Kantone

Art. 9

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Müller Damian, Stöckli, Vara)

Ch. 28bis

28bis. Adoption du plan d'action pour la protection contre la discrimination, l'accès à la justice en cas de discrimination et des mesures visant à prévenir la discrimination en collaboration avec les cantons

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: L'objectif 8: "La Suisse encourage la cohésion sociale et l'égalité entre les sexes". Permettez-moi, Monsieur le président, de dire quelques mots sur le fait qu'on a discuté en commission des mesures pour compléter la Stratégie nationale en matière d'égalité entre femmes et hommes.

AB 2020 S 529 / BO 2020 E 529

La commission a été informée, par la présidente de la Confédération, que la stratégie inclut les mesures contre l'inégalité des salaires et les discriminations dans la vie professionnelle, la conciliation de la vie professionnelle et de la vie familiale pour les femmes et les hommes, la représentation des deux sexes dans les organes de décision, des mesures contre la violence et les discriminations et contre les stéréotypes et le sexisme. Etant donné cette information donnée par la présidente de la Confédération, la commission a renoncé à faire des propositions.

Mais il y a ici une proposition défendue par la minorité Sommaruga Carlo qui a été rejetée par la commission, par 7 voix contre 5 et 1 abstention. Elle demande l'adoption du plan d'action pour la protection contre la discrimination et elle prévoit aussi l'accès à la justice en cas de discrimination et des mesures visant à prévenir la discrimination en collaboration avec les cantons. Cette proposition vise à mettre en oeuvre des mesures contre la discrimination en raison du genre, mais aussi contre les discriminations raciales, voire en lien avec



l'orientation sexuelle. Cette proposition, comme je l'ai dit, a été rejetée par la commission par 7 voix contre 5 et 1 abstention.

Sommaruga Carlo (S, GE): Comme la rapporteuse l'a indiqué, ma proposition exige un plan d'action en matière de discrimination avec des mesures pour l'accès à la justice, ce qui me paraît aujourd'hui extrêmement important, et ce pour les raisons suivantes.

Si nous avons déjà en Suisse un dispositif contre les discriminations dans le code pénal, lequel dispositif a d'ailleurs été étendu des discriminations raciales à la discrimination fondée sur l'orientation sexuelle lors du vote du 9 février de cette année, il est clair que la situation n'est pas pour autant résolue. Ce n'est pas moi qui vous le dis, mais c'est le Conseil fédéral lui-même qui l'a présenté de manière très claire dans le quatrième rapport du Service de lutte contre le racisme, le 2 septembre 2019.

Il est indiqué dans ce rapport que l'on constatait une forte augmentation du discours de haine sur Internet et que les jeunes étaient particulièrement touchés par la discrimination. En effet, une progression très forte de la discrimination envers les jeunes de 15 à 24 ans était constatée: ceux-ci avaient souffert au moins une fois de discrimination. De plus, les jeunes de 25 à 39 ans sont eux aussi touchés par la discrimination.

Il s'agit donc de se demander si les mesures aujourd'hui en place sont suffisantes ou s'il faut ce plan que je propose par cette mesure supplémentaire. Or, dans le rapport que je viens de citer, lorsque les mesures sont présentées par le Conseil fédéral, il est dit: "Bon nombre de ces mesures restent des interventions ponctuelles, car la protection contre la discrimination n'est toujours pas perçue comme une action à mener sur la durée". En d'autres termes, nous observons qu'il y a une absence de vision et de plan d'action à moyen et long termes. Je vous propose donc que le Conseil fédéral adopte, au cours des quatre prochaines années, un plan d'action pour la protection contre la discrimination et qu'il évalue aussi la question de l'accès à la justice pour les victimes.

Nous savons que souvent, dans des situations de discrimination, l'accès à la justice est compliqué. Peut-être y a-t-il ici des facilitations, des accompagnements à trouver. Il faut naturellement aussi un plan de prévention. C'est là aussi un des aspects de ma proposition.

Je me suis senti conforté dans ma proposition le jour même de la discussion en commission, puisque la presse a évoqué, lors de cette journée, que le sentiment antisémite se renforçait en Suisse, notamment au sujet de la théorie du complot, et qu'il y avait une augmentation des actes antisémites répertoriés par des organisations qui s'intéressent à la question. Nous voyons aussi ce qui se passe en Allemagne. Je pense donc que le moment est opportun pour renforcer le plan d'action pour la protection contre les discriminations. Il s'agit de faire passer un message, mais aussi d'impliquer davantage le Conseil fédéral dans ce domaine, en coordination avec les cantons.

Aujourd'hui, à quelques jours de ce qui s'est passé aux Etats-Unis avec George Floyd, nous voyons qu'il y a aussi une mobilisation sur la question de la discrimination raciste en Suisse, pas seulement en solidarité avec George Floyd, mais aussi sur des enjeux locaux. Il est intéressant de constater qu'il y a un certain nombre de situations de discrimination liées à la race, mais aussi liées à l'origine nationale, voire à l'orientation sexuelle, qui se manifestent toujours chez nous. Dans ce cadre, il y a lieu de soutenir ce plan.

J'avoue qu'il serait extrêmement étonnant que, dans le contexte politique actuel, le Conseil fédéral ne puisse pas envisager, et surtout que le Parlement ne le lui demande pas, de mettre en place au cours des quatre prochaines années ce plan d'action pour la protection contre la discrimination, l'accès à la justice en cas de discrimination et des mesures visant à prévenir la discrimination en collaboration avec les cantons.

Je vous demande donc de bien vouloir suivre ma minorité.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich muss zugeben, der Bundesrat hat hier bei Ziel 8, "Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Geschlechtern", und dann bei Massnahme 28 die Gleichstellung der Geschlechter oder die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern im Fokus gehabt, nämlich die Verabschiedung einer nationalen Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Ich habe in der Kommission namens des Bundesrates auch gesagt, dass wir bereit wären, hier noch "und den Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts" zu ergänzen.

Jetzt ist natürlich der Antrag der Minderheit Sommaruga Carlo auf eine Ziffer 28bis doch eine grosse Ausweitung. Es geht jetzt nicht nur um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, haben Sie gesagt, sondern auch um Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder aufgrund der Religion und auch um rassistische Diskriminierung. Das war jetzt einfach vom Bundesrat in Ziel 8 als eigene Massnahme so nicht vorgesehen. Weil der Bundesrat dies in dieser Form dann auch nicht diskutiert hat, kann ich dazu nur zwei Dinge sagen. Auf der einen Seite kann ich Ihnen eben sagen, der Bundesrat hat das nicht vorgesehen, und deshalb würde



er die Mehrheit Ihrer Kommission unterstützen. Andererseits kann man hier natürlich schon sagen, dass wir uns alle bewusst sind – und ich würde jetzt nicht nur, aber natürlich auch auf die jüngsten Vorfälle verweisen –, dass Diskriminierung gerade aufgrund der sexuellen Orientierung oder aufgrund der Religionszugehörigkeit und rassistische Diskriminierung in unserem Land ja nicht fremd sind.

Es gab dazu in diesem Jahr bereits eine Abstimmung zu einer Vorlage, die ja von der Bevölkerung auch so mitgetragen wurde. Jede Form von Diskriminierung führt letztlich auch zu einer Spaltung der Gesellschaft. Es ist eine Spaltung, denn Diskriminierung heisst, es gibt eine Benachteiligung aufgrund eines Kriteriums. Unsere Gesellschaft will eben nicht, dass aufgrund von solchen Kriterien einzelne Menschen ausgeschlossen, diskriminiert, benachteiligt werden. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Minderheit zu Ziffer 28bis dem bundesrätlichen Grundverständnis sicher nicht entgegensteht.

Ich muss einfach noch einmal sagen, wir haben hier nicht einen speziellen Aktionsplan vorgesehen, aber wenn Sie das so verabschieden würden, dann würden wir sicher anschauen, was bereits gemacht wird und wo es tatsächlich noch Lücken gibt, wo es Nachholbedarf gibt, und dann würden wir auch entsprechend diese Lücken zu füllen versuchen. Ich würde es mal etwas salomonisch so sagen: Ob Sie den Antrag annehmen oder nicht, es ist eine Aufgabe, die für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Unter Ziel 8, das darin besteht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, ist das in diesem Sinne eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, und das ist in diesem Sinne auch so gegeben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2020 S 530 / BO 2020 E 530

Art. 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 11

Antrag der Mehrheit

Einleitung

... Gesundheitsversorgung, ein gesundheitsförderndes Umfeld und eine wirkungsvolle Prävention ...

Ziff. 30

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 30bis

30bis. Verabschiedung einer Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Bundesgesetzes vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Stöckli)

Ziff. 30ter

30ter. Die Schweiz setzt sich in den Gouvernanzgremien der relevanten Organisationen für die internationale Kooperation zur Vorbereitung sowie Kontrolle von Epidemien und Pandemien für den verbesserten Schutz vor globalen Gesundheitsrisiken ein.

Art. 11

Proposition de la majorité

Introduction

... supportable, de conditions favorables à la santé et d'un système de prévention efficace

Ch. 30

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Ch. 30bis

30bis. Adoption d'un projet relatif à la modification de la loi fédérale du 28 septembre 2012 sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (loi sur les épidémies) qui sera mis en consultation.

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Carobbio Guscetti, Stöckli)

Ch. 30ter

30ter. La Suisse s'engage, au sein des organes de gouvernance des organisations compétentes en matière de coopération internationale à la préparation aux épidémies et aux pandémies ainsi qu'au contrôle de celles-ci, en faveur d'une meilleure protection face aux risques sanitaires mondiaux.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Hier beantragt die Kommission eine Ergänzung zu Ziel 10. Wieso? In der Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 steht auf Seite 74: "Der Bundesrat beabsichtigt unter anderem, die steigenden Gesundheitskosten mittels wirksamer Prävention und Stärkung der Selbstverantwortung der Bevölkerung durch verbesserte Information und Gesundheitsförderung einzudämmen." Die Kommission will hier bei Ziel 10 den Text mit "und eine wirkungsvolle Prävention" ergänzen. Die Kommission ist aber gleichzeitig der Meinung, dass es bezüglich Prävention keine zusätzliche Massnahme braucht, weil über die vom Bundesrat verabschiedete Strategie Gesundheit 2030 der Bundesrat auch die Gesundheitskompetenzen fördern und eine verstärkte Prävention nichtübertragbarer Krankheiten betreiben will. Zudem will er die Nationale Strategie Sucht umsetzen. Was die Kommission will, ist eben eine Ergänzung von Ziel 10 um die Formulierung "und eine wirkungsvolle Prävention".

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Der Antrag der Minderheit zu Ziffer 30ter ist zurückgezogen worden. Möchten Sie sich noch zu Ziffer 30bis äussern, Frau Carobbio Guscetti?

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Ziffer 30bis ist eine Folge der Diskussion, die die Kommission aufgrund der Corona-Krise führte. Nach den Herausforderungen der Corona-Krise will die Kommission insbesondere die Lehren aus der Covid-19-Pandemie ziehen und sie, wie schon diskutiert und gesagt, bei der Umsetzung der Leitlinien der Legislaturplanung berücksichtigen.

Die Kommission hat diesbezüglich aber auch über eine Massnahme entschieden: die neue Massnahme 30bis. Es geht um die Verabschiedung einer Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen, d. h. des Epidemiengesetzes. Wir sind als Kommission der Meinung, dass diese Revision eben in eine Vernehmlassung gehen soll, um zu schauen, was aufgrund der Lehren aus der Corona-Krise zu ändern ist.

Wir beantragen, bei Artikel 11 die neue Massnahme 30bis einzuführen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 12

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 13

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Chiesa, Kuprecht)

Ziff. 34

Streichen



Ziff. 34bis

34bis. Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges unter Wahrung der politischen Eigenständigkeit

Art. 13

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Chiesa, Kuprecht)

Ch. 34

Biffer

Ch. 34bis

34bis. Consolidation et développement de la voie bilatérale tout en préservant l'autonomie politique

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), pour la commission: L'objectif 12 prévoit que la Suisse dispose d'un cadre réglant ses relations avec l'Union européenne. Pour garantir ses intérêts, la Suisse a besoin de relations stables avec l'Union européenne et avec les Etats voisins. La ligne qu'elle continuera à suivre consiste à accéder au marché intérieur de l'Union européenne et à collaborer avec celle-ci dans de nombreux domaines, tout en conservant la plus grande indépendance possible du point de vue politique.

Comme cela est expliqué dans le cadre de l'objectif 4, la Suisse veut s'assurer un accès durable au marché européen, mais aussi consolider et développer la voie bilatérale au moyen d'un accord institutionnel. La commission soutient l'objectif du Conseil fédéral et a donc rejeté, par 10 voix contre 3, une proposition du conseiller aux Etats Chiesa visant à biffer la mesure 34, qui prévoit l'adoption du message relatif à un accord institutionnel entre la Suisse et l'Union européenne, et à la substituer par la nouvelle mesure 34bis, "Consolidation et développement de la voie bilatérale tout en préservant l'autonomie politique".

Pour la majorité de la commission, une telle approche ne serait pas compréhensible à ce stade, car elle ouvrirait la voie à

AB 2020 S 531 / BO 2020 E 531

toutes les spéculations. Cela affaiblirait davantage notre position lors des négociations. La majorité de la commission estime que les choses sont claires: un message sera comme prévu transmis par le Conseil fédéral, l'accord sera discuté par le Parlement et, probablement, soumis à l'approbation du peuple également.

Chiesa Marco (V, TI): Die Bundesversammlung äusserte zahlreiche Vorbehalte hinsichtlich des vorliegenden Entwurfes zum institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU und beauftragte den Bundesrat deshalb, Zusatzverhandlungen in den Bereichen Lohnschutz, staatliche Beihilfen sowie Unionsbürgergerichtlinie zu führen. Aktuelle Verlautbarungen der EU lassen darauf schliessen, dass die EU sich zu Zusatzverhandlungen bereit erklären wird. Zudem hat sich der Bundesrat bis anhin noch nie dazu geäussert, ob er dem aktuellen Vertragsentwurf überhaupt zustimmt. Entsprechend ist es nicht zweckmässig, die Botschaft zum institutionellen Rahmenabkommen als Legislaturziel aufzuführen. Stattdessen soll der Bundesrat, davon losgelöst und im Sinn einer Eventualplanung, eine Strategie dazu verabschieden, wie die Beziehungen zur EU im beidseitigen Interesse weiterentwickelt werden können.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Das institutionelle Rahmenabkommen ist eine Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges. Es gibt also keinen Widerspruch zwischen dem, was hier in Ziffer 34 steht, und dem, was Herr Chiesa in Ziffer 34bis beantragt. Der Bundesrat verabschiedet grundsätzlich keine Botschaften, die nicht im Interesse unseres Landes sind. Es ist bei jedem Geschäft die Vorgabe, dass wir nur eine Botschaft verabschieden, die im Interesse unseres Landes ist.

Das sind eigentlich die zwei Punkte, die hier zum Ausdruck kommen. Wenn Sie Ziffer 34 aber so übernehmen, wie sie der Bundesrat beantragt, dann sagt das noch nichts über den genauen Inhalt aus. Der Bundesrat hat von Anfang an gesagt, dass er Ihnen selbstverständlich nur ein Verhandlungsergebnis unterbreitet, das aus Sicht des Bundesrates im Interesse unseres Landes ist, das zu einer Konsolidierung des bilateralen Weges führt und das auch, wie gesagt, im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Bevölkerung ist. In diesem Sinne haben Sie keinen Anlass, Ziffer 34 zu streichen – und schon gar nicht, sie jetzt präventiv zu streichen.

Ich weiss nicht, wie Sie verhandeln. Aber wenn Sie in eine Verhandlung steigen, dann sagen Sie dem Verhandlungspartner nicht schon von Anfang an: "Ich habe noch die Alternativen 2, 3 und 4", sondern Sie sagen: "Ich



verhandle mit einem klaren Ziel, nämlich jenem, diese Verhandlungen im Interesse unseres Landes, im Interesse einer Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu führen." Das bringt der Bundesrat mit Ziffer 34 zum Ausdruck.

In diesem Sinne bitte ich Sie, hier die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

4. Abschnitt Titel

Antrag der Kommission

... Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen und agiert ...

Section 4 titre

Proposition de la commission

... la protection du climat et des ressources naturelles et agit ...

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Einleitung, Ziff. 36

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 35

35. Entscheide des Bundesrates zur Übernahme verschiedener Weiterentwicklungen des Schengen- und des Dublin-Besitzstandes, unter Vorbehalt der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen

Art. 14

Proposition de la commission

Introduction, ch. 36

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 35

35. Décisions du Conseil fédéral concernant la reprise de plusieurs développements des acquis de Dublin et de Schengen, sous réserve du respect des exigences constitutionnelles

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Einleitung, Ziff. 39–42

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 42bis

42bis. Erneuerung der Mittel zum Schutz der Bevölkerung gegen Bedrohungen aus der dritten Dimension



Art. 16

Proposition de la commission

Introduction, ch. 39–42

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 42bis

42bis. Renouvellement des moyens pour la protection de la population contre les menaces de la troisième dimension

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Die Kommission hat ein besonderes Augenmerk auf die sicherheitspolitischen Gefahren aus dem Luftraum gelegt und auch eine Diskussion darüber geführt. In diesem Zusammenhang fordert sie die Erneuerung der Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der dritten Dimension und hat, um dieses Ziel zu erreichen, die neue Massnahme 42bis eingeführt.

Angenommen – Adopté

Art. 17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Einleitung, Ziff. 49, 50, 52

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 51

51. ... Aktionsplan Biodiversität und Weiterführung der Umsetzung des Aktionsplans

Ziff. 52bis

52bis. Erarbeitung einer neuen Strategie 2020 ff. zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz einschliesslich der Aufzeigung der Kostenfolgen

AB 2020 S 532 / BO 2020 E 532

Art. 18

Proposition de la commission

Introduction, ch. 49, 50, 52

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 51

51. ... plan d'action biodiversité et poursuite de la mise en oeuvre du plan d'action

Ch. 52bis

52bis. Elaboration d'une nouvelle stratégie d'adaptation aux changements climatiques en Suisse pour 2020 et les années suivantes, incluant une démonstration des conséquences financières

Carobbio Guscetti Marina (S, TI), für die Kommission: Erlauben Sie mir, die Massnahmen 51 und 52bis zusammen zu betrachten, auch weil in der Kommission diese neuen Massnahmen zusammen diskutiert wurden. Wieso beantragt sie diese? Sie tut es, weil der Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels zu den Herausforderungen der 51. Legislatur gehören. Deshalb erwartet die Kommission vom Bundesrat einen Bericht über den Aktionsplan Biodiversität sowie die Weiterführung der Umsetzung dieses Aktionsplans. Weiter soll eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz erarbeitet werden, welche auch die Kostenfolgen aufzeigt.

Angenommen – Adopté



Art. 19–22

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, wird keine Gesamtabstimmung durchgeführt.

Schluss der Sitzung um 18.05 Uhr

La séance est levée à 18 h 05

AB 2020 S 533 / BO 2020 E 533